

Philipps-Universität Marburg  
Fachbereich 21 Erziehungswissenschaften  
Prof. Dr. Susanne Maurer

# Hermeneutik der kapitalistischen Produktionsweise

Zur Analyse der Krise

von

Manuel Wiczorek

Gießen, 12.06.2012

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1 Vorbemerkungen.....</b>	<b>1</b>
<b>2 Wert und Mehrwert .....</b>	<b>9</b>
<b>3 Kapital und Kapitalakkumulation .....</b>	<b>19</b>
<b>4 Zur Analyse der Krise .....</b>	<b>30</b>
<b>5 Literatur.....</b>	<b>52</b>

## 1 Vorbemerkungen

Im Zuge der gegenwärtigen prekären globalen Wirtschaftslage stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Regierten und Regierenden. Fügen sich die Regierten weiterhin den ökonomisch-induzierten Ausgrenzungsprozessen bzw. den Folgen des „alternativlosen“ Konsolidierungsdrucks? Oder lassen sich Tendenzen eines internationalen Hegemonieverlustes erkennen (vgl. Haug 2011, S. 169)? Aus einer emanzipatorischen<sup>1</sup> Perspektive, die hier angeboten werden soll, ist letzteres zu hoffen, obwohl die gängig diskutierten politischen Schlussfolgerungen und „Gegenmaßnahmen“ etwas anderes vermuten lassen. Mag die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems für Not und Instabilität stehen und daher „die Möglichkeit für Transformation von Staat und Gesellschaft eröffnen“ (Röttger 2011, S. 194), ist jene Transformation nicht zu erkennen: Seit 2009 drängt sich als politische Reaktion auf die (globale) Staatsverschuldung und den daraus resultierenden Konsolidierungsdruck ein wettbewerbs- und austeritätspolitischer Diskurs in den Vordergrund (vgl. Bieling 2011, S. 190). Vertreter von Politik und Wirtschaft versicherten im Spätsommer 2010, dass die so genannte Finanzkrise überwunden sei. Breite einflussreiche Protestbewegungen blieben aus und die Renditen im Rahmen des global operierenden Finanzsektors ordnen sich sukzessive wieder in gewohnte Höhen ein (vgl. Röttger 2011, S. 194). Vor diesem Hintergrund agiert die Politik in Europa: Im März 2011, auf zwei EU-Gipfeln, wurden Reformschritte in die Wege geleitet, die helfen sollten, den „Status quo“ abzusichern; dies überwiegend über die Verschärfung des Stabilitätspaktes sowie über die Aufstockung des EFSF („European Financial Stability Facility“) – den Notfallfond für überschuldete Staaten in der Eurozone (vgl. Bieling 2011, S. 179/S. 190). Es ging der Politik mithin um die politisch-institutionelle Eingliederung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in Zeiten der ökonomischen Krise, wohl wissend, dass durch all diese Reformschritte das Primat der fiskalischen Austerität nicht berührt wird, überdies die Gläubigerinteressen gewahrt werden und zuletzt die Revitalisierung des europäischen „Finanzmarktkapitalismus“ sichergestellt wird (vgl. a. a. O., S. 190). Und bis heute (2012), in der so genannten „Euro-Krise“ oder auch „Staatschuldenkrise“, wächst der internationale Konsolidierungsdruck. Sparen erscheint alternativlos, schließlich haben wir „über unsere Verhältnisse“ gelebt. Die Griechen, das versucht uns die Politik dezidiert zu vermitteln, scheinbar mehr als die Deutschen (vgl. Reiner 2011, S. 213).

---

<sup>1</sup> Der Begriff der Emanzipation verweist „in diesem Kontext [auf] die Codierung und Formierung gegenhegemonialer Potentiale“ (Naumann 2000, S. 9).

Vor unserem Versuch einer sozialphilosophisch fundierten technisch-ökonomischen Analyse der aktuellen Wirtschaftslage stellt sich zwingend die Frage, ob wir von „multiplen Krisen“ sprechen wollen oder doch die Analyse einer „großen Systemkrise“ intendieren (vgl. Röttger 2011, S. 194). Sprechen wir von multiplen Krisen, dann mögen die Euro-Krise und die Staatsschuldenkrise vielleicht etwas mit der US-Immobilienkrise bzw. der Finanzkrise zu tun haben, aber nur insofern, als die späteren Krisen zwar aus den früheren resultieren – das Resultat einer Art Dominoeffekt – aber jede für sich als autonomes, komplexes Untersuchungsfeld, als autopoietisches Funktionssystem analysiert werden kann. Folgen wir dieser systemtheoretischen These, könnten wir versuchen, in der Retrospektive den spekulativ aufgeblähten US-Immobilienmarkt als Wurzel allen Übels ex post zu situieren. Jedoch könnte sich die US-Immobilienkrise in dieser Retrospektive als letztes (historisch betrachtet: erstes) beobachtbares krisenevozierendes Funktionssystem erweisen, woraus die aktuellen ökonomischen Dysfunktionalitäten als Folge moralischen Fehlverhaltens der Wirtschaftssubjekte im Kontext deregulierter globaler Finanzmärkte abzuleiten wären. Vielleicht wäre es unter den Bedingungen eines politisch regulierten Immobilienmarktes in den USA nicht zu einer globalen Finanzkrise gekommen? Hätten wir vielleicht sogar die Bankenkrise, die Schuldenkrise und nun auch die Eurokrise verhindern können? Folgen wir diesen (durchaus gängigen) Überlegungen, könnten wir den Akzent auf eine differenzierte Analyse setzen, die die Polymorphie ökonomischer Krisen berücksichtigt und auf die Analyse eines „inneren Zusammenhangs“ verzichtet.

Wir wollen entgegen dieser Überlegungen versuchen, die ökonomische Krise ganzheitlich und das heißt immer: in einem makroökonomischen Gesamtzusammenhang zu denken. Wir untersuchen die These, dass wir es angesichts des Primats der *kapitalistischen Produktionsweise* mit einem grundlegenden ökonomischen Systemproblem zu tun haben. Nach dieser Überlegung laboriert der Kapitalismus an seiner historischen Grenze; seine vermeintlich stets vorübergehende zyklische Krisenhaftigkeit ist vielmehr nur Ausdruck einer globalen strukturellen Systemkrise, deren kriechende Wirkungsweise nicht unmittelbar auffällt (vgl. Haug 2006, S. 202). Es stellt sich die Frage: Kann jenes grundlegende Systemproblem im Kontext des unmittelbar Sichtbaren (den verifizierbaren wirtschaftlichen Einzelprozessen) überhaupt gedacht und mit Fokus auf die polymorphen Erscheinungsformen ökonomischer Krisen hinreichend analysiert werden? Ist das „ökonomische Ganze“ demzufolge nichts weiter als die Aggregation einzelwirtschaftlicher Tatsachen? Wenn wir im Zusammenhang mit der gesamtökonomischen Perspektive davon ausgehen, dass im Gewordenen (der einzelwirtschaftlichen, sichtbaren Tatsache) das Werden (der darunter liegende, nicht unmittelbar sichtbare Prozess) stets immanent bleibt (vgl. a. a. O., S. 94), emanzipieren

wir uns von der vielleicht einschüchternden Vorstellung, die Krise, respektive das kapitalistische Wirtschaftssystem sei so komplex und vielgestaltig, dass es im Rahmen einer Theorie, die sich an einem verborgenen ökonomischen Prozess orientiert und stark abstrahiert, nicht „angemessen“ zu denken ist (vgl. Demirovic/Sablowski 2012, S. 101).

Wir emanzipieren uns mithin von dem menschlichen (also nachvollziehbaren) Impuls, uns in Zeiten der (ökonomischen) Unsicherheit den Sündenbockdiskursen von Politik und Wirtschaft anzuschließen, zumal das Suchen und Finden von Sündenböcken die ernsthaft-fundierte Analyse der (verborgenen) ökonomischen Prozesse hinter den (sichtbaren) Tatsachen in den Hintergrund drängt. Wir könnten uns vielen Sündenbockdiskursen anschließen: faule Arbeitslose (vgl. Oschmiansky 2003), gierige Spekulanten, rücksichtslose Manager, sparunwillige (verschwenderische) Griechen, integrationsunwillige Migranten und sicher noch einige mehr. Im Vorwort des ersten und wichtigsten Bandes zum *Kapital*, nimmt Karl Marx (\*1818, †1883) Stellung zu diesem Thema:

„Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich um Personen nur, soweit<sup>2</sup> sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen. Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag“ (Marx 1867, S. 16).<sup>3</sup>

Wenn es unbedingt um moralische Fragen im Kontext einer *technisch-ökonomischen* Analyse gehen muss, dann sollten wir uns darum bemühen, jene strukturell und nicht in persona zu stellen (vgl. Witsch 2012a, S. 204f). Wir könnten beispielsweise die Frage diskutieren, welche strukturell-ökonomischen Systembedingungen wir konstituieren wollen, damit die Amoralität in Form von *technisch-ökonomisch bedingter*

---

<sup>2</sup> Bei der genauen Lektüre zeigt sich, dass – obgleich sich Marx primär für ökonomische Analysen interessierte – er sich seines ökonomistisch-verkürzten Subjektbegriffs bewusst zu sein schien. *Soweit* die Subjekte Personifikationen ökonomischer Kategorien sind, reduzieren sie sich *in diesem Moment* im Rahmen einer Ware-Geld-Beziehung auf ökonomisch handelnde und determinierte Subjekte (vgl. Haug 2006, S. 66f).

<sup>3</sup> Diesem Anspruch wird Marx jedoch nicht hinreichend gerecht. Besonders in seinen Fußnoten wettet er verächtlich über diverse systemaffirmative Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft. Zwar ist der Kapitalist bei Marx eine ambivalente Figur: Zum einen erscheint er als Profiteur der Ausbeutung, aber zum anderen eben als jene „Personifikation ökonomischer Kategorien“, als Knecht des Kapitalverhältnisses. Nichtsdestotrotz verzichtet Marx nicht auf den Gestus seiner Empörung, wenn er etwa von „Abpressen“ oder „Auspumpen“ der Mehrarbeit spricht. Dies stellt den Kapitalisten bei Marx, so konstatiert Siefert (2007, S. 82f) zu recht, in eine Reihe mit vorkapitalistischen Ausbeutern.

Ausgrenzung nicht unmittelbar in unsere sozialen Beziehungen hineingetragen werden muss (vgl. ders. 2009, S. 84).

Nehmen wir Abstand von den uns angebotenen Sündenbockdiskursen und mithin der Sorge, die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes nicht „angemessen“ denken zu können, dann können wir einmal mehr eine *hermeneutische Analyse* versuchen, hier in Form einer *Reise in die verborgene Stätte der Produktion*. Wir versuchen interpretierend zu verstehen, dabei Schritte nach Vorne, ins Offene zu wagen und zuletzt die erkenntnistheoretischen Ergebnisse dem sozialwissenschaftlichen Diskurs zur Verfügung zu stellen (vgl. Haug 2006, S. 21f). Die Vertreter dieses Diskurses können dann entscheiden, ob und wie der Erkenntnisprozess weitergeführt werden soll. Idealerweise geht es um die Konstitution von Verstehens- und das heißt immer auch: Verständigungsgemeinschaften. Folgen wir Charles Taylor, dann kann dies „liberale Hermeneutik“ genannt werden (vgl. a. a. O., S. 22).

In der nicht unmittelbar sichtbaren Sphäre der Produktion herrscht und wirkt nach Marx die *kapitalistische Produktionsweise*, die im marxistisch-sozialwissenschaftlichen Diskurs als die krisenevozierende historische Dynamik der kapitalistischen Gesamtökonomie verstanden wird:

„Die Konsumtion der Arbeitskraft, gleich der Konsumtion jeder andren Ware, vollzieht sich außerhalb des Marktes oder der Zirkulationssphäre. Diese geräuschvolle, auf der Oberfläche hausende und aller Augen zugängliche Sphäre verlassen wir daher (...) in die verborgne Stätte der Produktion (...). Hier wird sich zeigen, nicht nur wie das Kapital produziert, sondern auch wie man es selbst produziert, das Kapital“ (Marx 1867, S. 189).

Ohne hinreichende Analyse und Rekonstruktion Marx'scher Kategorien erscheint der Begriff der kapitalistischen Produktionsweise als eine Allegorie, losgelöst von jenen ökonomischen Prozessen, aus deren Analyse er entspringt. Wird der Begriff indes analytisch in einen praxeologischen Kontext eingebunden, dann handelt nicht die kapitalistische Produktionsweise, sondern der Mensch auf der Grundlage von bestimmten Prozessen, die zusammengenommen das ergeben, was mit Marx kapitalistische Produktionsweise genannt werden kann. Mit anderen Worten ist es nicht sinnvoll, die Marx'schen Kategorien, auf die wir im Einzelnen noch zu sprechen kommen werden, als metaphysische Wesen zu verdinglichen, sondern sie – um den Erkenntnisgewinn nicht aufs Spiel zu setzen – als Prozessgrößen in einem Gesamtzusammenhang zu verstehen (vgl. Haug 2006, S. 148).

Marx selbst formuliert mit seiner „Kritik der bürgerlichen Ökonomie“ eine solche, die die überlieferten ökonomischen Kategorien und Vorstellungen der bürgerlichen Ökonomie (im Wesentlichen Adam Smith, David Ricardo und John Stuart Mill) auf ihre objektiven und damit immer auch objektivierenden Gedankenformen der ökonomischen Verhältnisse hin untersucht (vgl. Siefert 2007, S. 53; Haug 2006, S. 58). Marx versucht ferner eine begriffliche Durchdringung jener objektiven, unmittelbar sichtbaren Verhältnisse, um die dahinter liegenden (nicht unmittelbar sichtbaren) Prozesse der Analyse zugänglich zu machen (vgl. Haug 2006, S. 26f/S. 58). Es wird einsichtig, dass es sich bei dem ersten Band zum Produktionsprozess des Kapitals nicht um eine ausgefeilte Strukturanalyse der kapitalistischen Produktionsweise handeln kann (vgl. Siefert 2007, S. 110), mithin um keine „Supertheorie“, die mit quantifizierbaren und damit immer auch verifizierbaren bzw. falsifizierbaren Kategorien arbeitet, um die objektive Wirklichkeit eins zu eins abzubilden (vgl. Haug 2006, S. 110). Das muss uns nicht stören, denn:

„Das affirmative Kapitalismusverständnis erkennt die Große Krise [erst] als solche, wenn sich Börsenkrach und Finanzkrise bis zur Weltwirtschaftskrise zu steigern und den Gesamtprozess zum Stocken bringen. Im Unterschied hierzu ist *Das Kapital* vom ersten Kapitel an eine [qualitative, Anm. M. W.] Theorie der Krisenhaftigkeit“ (a. a. O., S. 110f; Hervorhebung im Original).

Vor diesem Hintergrund liegt der Akzent der hier angebotenen Analysen nicht auf einer Art „Supertheorie des Kapitalismus“, sondern auf der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise als *Prozess* hinter der Gesamtökonomie. Den Kapitalismus als logische Entität nicht messen zu können bedeutet indes nicht, auf den *Versuch* einer ganzheitlichen Perspektive im Kontext einer reflektierenden Lektüre verzichten zu müssen, solange im Erkenntnisprozess die Einsicht nicht verloren geht, dass wir es mit einer hermeneutischen Analyse zu tun haben, bzw. „nur“ mit einem *Angebot*, jene Denkweisen, die in der Tendenz die unmittelbar sichtbaren Tatsachen inkorporieren, zu hinterfragen, mithin eine (hoffentlich hilfreiche) *alternative Idee* zur Analyse unserer gegenwärtigen (sichtbaren) Krise vorzubringen (vgl. Witsch 2012b, S. 27). Damit korrespondiert folgende Überlegung:

„Es ist nur die Gewohnheit des täglichen Lebens, die es als trivial, als selbstverständlich erscheinen lässt, dass ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis die Form eines Gegenstandes annimmt (...)“ (Marx/Engels zit. in: Haug 2006, S. 23).

Im Rahmen der hermeneutischen Analyse des technisch-ökonomischen *Wertbegriffs* werden wir später versuchen zu verstehen, dass wir dessen empirisch-verifizierbare Geltung nicht brauchen, wiewohl der Begriff des *Wertes* ohne verifizierbare Beziehung zum verifizierbaren Begriff des *Preises* „nur“ gedacht werden kann (vgl. Witsch 2012b, S. 26). Erst dann können wir sagen: Gerade weil wir nicht die Analyse der empirisch-verifizierbaren fertigen Tatsache intendieren, sondern das am verborgenen Prozess orientierte Denken disponibel machen wollen, können wir erst das *Ergebnis* (die unmittelbar sichtbare Tatsache) von seiner nicht unmittelbar sichtbaren *Entstehungsgeschichte* her verstehen, wenn auch nicht hinreichend „fertig“ erklären (vgl. ebd.). Den Blick auf wirtschaftliche Einzelprozesse zu richten, etwa über die Analyse von Preisbewegungen am Markt oder Schwankungen der Profitraten, würde die Gefahr evozieren, den Erkenntnisprozess direkt wieder positivistisch zu verkürzen. Dies kann am Beispiel des Verhältnisses zwischen „Kapitalist“ und „Arbeiter“ verdeutlicht werden: Untersuchen wir einen wie auch immer zum Ausdruck kommenden wirtschaftlichen Einzelprozess ohne Blick auf den gesamtökonomischen Zusammenhang, dann untersuchen wir etwa das ökonomische Verhältnis zwischen dem einzelnen Kapitalisten und dem einzelnen Arbeiter. Wollen wir schließlich rekonstruieren, wie viel *Wert* der Arbeiter in einer bestimmten Arbeitszeit mehr produziert, als er zur Deckung des eigenen Lebensbedarfs (den Erhalt seiner Arbeitskraft) benötigt, dann müssen wir im Kontext dieser am sichtbaren Einzelprozess orientierten Analyse davon ausgehen, dass dieses „*Mehr an Wert*“, kurz: „*Mehrwert*“, quantifizierbar und demzufolge verifizierbar sein muss, etwa in Form einer bestimmten Geldmenge oder in Form einer in eine solche Geldmenge transformierbaren Menge an produzierten Waren. Wenn wir jedoch die gesamtökonomische Perspektive mitberücksichtigen wollen, dann macht es Sinn, im Rahmen der Marx'schen Theorie grundsätzlich von einem „*Gesamtkapitalisten*“ bzw. „*Gesamtarbeiter*“ zu sprechen, die nicht reduzierbar sind auf den einzelnen Arbeiter oder den einzelnen Kapitalisten (vgl. a. a. O., S. 10). Vor diesem Hintergrund berührt z. B. die konkrete Arbeitszeit des *einzelnen* Arbeiters und ob jener in seiner Arbeitszeit Mehrwert produziert und wenn ja, wie viel Mehrwert genau, die Marx'sche Theorie nicht. Denn „die Zeit, welche die Arbeit zu ihrer Operation braucht, ist keine des Einzelfalls, sondern die des über den Markt als gesellschaftlich notwendig anerkannten aliquoten Teils der Gesamtarbeit“ (Haug 2006, S. 146). Erst über eine solche Einbeziehung der gesamtökonomischen Perspektive lässt sich der Anspruch auf – es mag paradox klingen – eine empirisch-verifizierte „Supertheorie“ endgültig aufgeben.<sup>4</sup> Es wäre nicht nur anmaßend, auf eine

---

<sup>4</sup> Der linke sozialwissenschaftliche Diskurs hat sich leider noch nicht hinreichend von einem solchen Vorhaben distanziert. So werden aktuell noch Versuche unternommen, die Marx'schen Kategorien naturwissenschaftlich zu fundieren, scheinbar Ausdruck eines Bedürfnisses, die universelle Richtigkeit der Marx'schen Theorie zu beweisen (vgl. Gehrig 2011). Alle Versuche, jene in eine empirisch gehaltvolle



solche im Kontext der Marx'schen Theorie apodiktisch zu insistieren, es wäre auch nicht im Sinne unseres emanzipatorischen Anspruchs, denn die gesamtökonomische Perspektive ist der auf verifizierbare wirtschaftliche Einzelprozesse fixierten herrschenden Ökonomie fremd:

„[W]enn wir die kapitalistische Produktion im ununterbrochenen Fluß ihrer Erneuerung betrachten und statt des einzelnen Kapitalisten und des einzelnen Arbeiters die Gesamtheit, die Kapitalistenklasse und ihr gegenüber die Arbeiterklasse ins Auge fassen (...) würden wir einen Maßstab anlegen, der der Warenproduktion total fremd ist. In der Warenproduktion stehn sich nur, voneinander unabhängig, Verkäufer und Käufer gegenüber“ (Marx 1867, S. 612).

Wenn wir uns mit Marx um eine ganzheitliche ökonomische Sichtweise bemühen, müssen wir uns endgültig von dem überbordenden Anspruch verabschieden, jenes „ökonomische Ganze“ positivistisch erklären zu können. Solange wir uns im Rahmen der Marx'schen Theorie bewegen, gehen wir analog dazu z. B. nicht auf die Bewegungen der Marktpreise ein, die uns

„als übermächtige, [uns] willenlos beherrschende Naturgesetze erscheinen und sich [uns] gegenüber als blinde Notwendigkeit geltend machen. Deswegen nicht, weil die wirkliche Bewegung der Konkurrenz außerhalb unsers Plans liegt und wir nur die *innere Organisation* der kapitalistischen Produktionsweise, *sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt*, darzustellen haben“ (ders. 1894, S. 839; Hervorhebungen hinzugefügt, M. W.).

In diesem Sinne wollen wir gleich versuchen, die Welt der Produktionssphäre mit ihren krisenerzeugenden Tendenzen zu betreten und eben nicht – wie eine systemtheoretische Analyse – die (sichtbaren) Marktprozesse in der Zirkulationssphäre (synonym: Marktsphäre) in den Mittelpunkt des analytischen Interesses zu stellen (vgl. Jessop 2011, S. 595). Aus einer systemtheoretischen Perspektive, die etwa in Rekurs auf den Soziologen Niklas Luhmann autopoietische Funktionssysteme untersucht, trägt kein ökonomisches Funktionssystem zur Kohäsion der Gesamtökonomie bei (vgl. Demirovic 2011, S. 524). Eine solche Perspektive würde vielleicht von multiplen Krisen sprechen und – sofern die systemtheoretische Analyse überhaupt eine kritische Betrachtungsweise intendiert – eine zukunftsfähige Regulierung der einzelnen Funktionssysteme postulieren (vgl. Röttger 2011, S. 195). Sie würde dann den Wald

---

und operationalisierbare Theorie umzuformen, müssen aber früher oder später scheitern (vgl. Sieferle 2007, S.111).

(die große Systemkrise) vor lauter Bäumen (den polymorphen Erscheinungsformen der Krise) nicht sehen. Es soll an dieser Stelle vielmehr darum gehen, die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise als verborgenen, historischen Prozess zu rekonstruieren und diesen Prozess in seinem idealen Durchschnitt ganzheitlich nachzuvollziehen. Das theoretische, begriffliche Rüstzeug wird im Anschluss erarbeitet, um nach und nach die *Annäherung* an die soziale Wirklichkeit zu wagen: zu der Wirtschaftskrise, wie sie uns spürbar seit dem Platzen der US-Immobilienblase 2008 beschäftigt. Wir untersuchen, im Wesentlichen, folgende These:

*Wir erleben gegenwärtig keine ökonomische Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Die kapitalistische Produktionsweise ist selbst die Krise.*

Ein wesentliches Ziel ist es, die Idee einer *möglichen* alternativen Analyse vorzuschlagen, um uns dem Trend, ökonomisch bedingte Ausgrenzungsprozesse als alternativlos hinzunehmen, nicht leichtfertig anzuschließen.<sup>5</sup> Erst dann erarbeiten wir uns wenigstens eine *Chance*, so die hier vorgeschlagene Idee, alternativlose Rettungspakete für Banken und Schuldenstaaten sowie den alternativlosen Konsolidierungsdruck<sup>6</sup> in einem ökonomischen Gesamtzusammenhang zu verstehen. Um diesen ökonomischen Gesamtzusammenhang zu denken, brauchen wir keine „gierigen Manager“ oder „sparunwillige Griechen“. Zuletzt wagen wir noch einen Blick auf den nah an Marx orientierten sozialwissenschaftlichen Diskurs. Es stellt sich die Frage, welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Diskurs postuliert und inwiefern jene differieren oder einander doch ergänzen.

---

<sup>5</sup> Der Begriff „Alternativlos“ wurde angesichts seiner zunehmenden politisch-strategischen Signifikanz zum „Unwort des Jahres“ 2010 gewählt. Die FAZ schreibt zu diesem Thema: „Mit dem Etikett ‚alternativlos‘ stellt sich Politik als ohnmächtiges Vollzugsorgan eines von höherer Macht bestimmten Schicksals hin. Das schafft Verdruss beim Wähler. Warum soll er überhaupt noch seine Stimme abgeben, wenn Regierungshandeln so alternativlos ist, wie behauptet?“ (FAZ-Online vom 18.01.2011)

<sup>6</sup> Es lässt sich beobachten, dass in der Tendenz der ökonomische Druck von „oben“ nach „unten“ durchgereicht wird. Mal ganz abgesehen von den verheerenden Folgen in Ländern wie Griechenland und Spanien, einigte sich in Deutschland im Juni 2010 die schwarz-gelbe Bundesregierung auf ein Sparpaket von 81,6 Milliarden Euro bis 2014, wobei ca. 40 Prozent der Einsparungen der soziale Sektor zu tragen hat. Ferner sind die Länder gezwungen, im Sozial- und Bildungsbereich sowie den Kommunen weitere Mittel zu kürzen (vgl. Eicker-Wolf/Himperle 2011, S. 195). Vor diesem Hintergrund des Konsolidierungsdrucks in den kapitalistischen Zentren der Welt, erscheint es geradezu paradox, wenn die Europäische Zentralbank Ende 2011 und Anfang 2012 insgesamt eine Billion (!) Euro druckt und zu niedrigen Zinsen europäischen Geschäftsbanken verleiht (vgl. Tagesschau-Online vom 06.03.2012; Zeit-Online vom 29.02.2012).

## 2 Wert und Mehrwert

Wir beginnen unsere Reise in die verborgene Stätte der Produktion mit der Annäherung an den Marx'schen Wertbegriff. Mit der hier angebotenen Marx-Interpretation versuchen wir eine ganzheitliche Sichtweise einzuhalten. Wir wollen versuchen, den Wald vor lauter Bäumen noch zu sehen, resp. die Voraussetzung dafür zu schaffen, eine große Systemkrise überhaupt verstehen und denken zu können. Bereits der Wertbegriff stellt unseren in der Tendenz auf sichtbare Tatsachen ausgerichteten menschlichen Verstand auf die Probe:

„Die Wertform, deren fertige Gestalt die Geldform, ist sehr inhaltslos und einfach. Dennoch hat der Menschegeist sie seit mehr als 2000 Jahren vergeblich zu ergründen gesucht, während andererseits die Analyse viel inhaltsvollerer und komplizierterer Formen wenigstens annähernd gelang. Warum? Weil der ausgebildete Körper leichter zu studieren ist als die Körperzelle“ (Marx 1867, S. 12).

Im Vorbeigehen spielt Marx auf Aristoteles an, der – ohne Zugang zu Marx und Theorien der politischen Ökonomie – die weitere Analyse des Wertbegriffs aufgab. Bei der Analyse des Warentauschs setzt Aristoteles sinngemäß die qualitative Kommensurabilität, eine *Wesensgleichheit* zweier *dinglich* verschiedener Waren, voraus. Ohne diese qualitative Wesensgleichheit, sagt er, sind zwei sinnlich unterschiedlich erfassbare Produkte nicht als kommensurable Größen aufeinander beziehbar (vgl. a. a. O., S. 73). Aber wie können zwei völlig unterschiedliche (körperlich fassbare) Produkte kommensurabel (qualitativ gleich) sein? Aristoteles findet folgende Antwort: Die Waren sind kommensurabel, weil die Menschen schlicht wollen, dass dem so ist, quasi ein gesellschaftlicher Notbehelf für das menschliche Bedürfnis, untereinander zu handeln (vgl. a. a. O., S. 74; Haug 2005, S. 34; Witsch 2012b, S. 16f). Marx geht einen anderen Weg und erst dadurch gelingt ihm die Analyse des Wertbegriffs hinter dem Rücken der bürgerlichen Ökonomie und der Wirtschaftssubjekte: Nicht weil die Menschen sich bewusst dafür entscheiden, dass Waren vergleichbar sind, werden sie erst kommensurabel, sondern sie sind es bereits zuvor allein deshalb schon, weil in ihnen allesamt dasselbe vergegenständlicht worden ist: Der *Wert* lebendiger menschlicher Arbeitskraft in Form von investierter *Arbeitszeit*. Alleine die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die in die Produktion einer Ware investiert worden ist, bestimmt deren Wert.

Mit anderen Worten werden in der Marx'schen Theorie die gesellschaftlich-induzierten *moralischen* Implikationen der *technisch-ökonomischen* Kategorien

begrifflich durchdrungen (vgl. hierzu Haug 2006, S. 26f/S. 58). Erst dann lässt sich die menschliche Arbeitskraft als gleichwertige gemeinschaftliche Substanz dekonstruieren, erst dann hängt mithin der Wert einer Ware nicht mehr von zufälligen und stets wechselnden Präferenzen der handelnden Wirtschaftssubjekte ab (vgl. Witsch 2012b, S. 17). Aus der Perspektive der herrschenden marktgläubigen Sichtweise ist indes die Analyse des Wertes nicht primär von Interesse, weil jene verkürzt ausgerichtet ist auf das Prinzip von Angebot und Nachfrage bzw. auf die subjektiven Präferenzen der Wirtschaftssubjekte (vgl. ebd.). Und so sind in der marktwirtschaftlichen Einzelfallanalyse Preise bzw. Preisschwankungen am Markt die zu analysierenden Kategorien der Wahl. Bereits Marx (1867, S. 12) war sich sicher, dass die bürgerliche Ökonomie zu einer Analyse des Wertbegriffs nicht gewillt oder nicht in der Lage sein wird (vgl. Haug 2005, S. 35).

Wertbegriff und Preisbegriff sind diesen Überlegungen zufolge unbedingt voneinander zu unterscheiden, zumal der Wert in seiner natürlich erscheinenden „Urform“ analog zur *menschlichen Arbeitskraft* in der Marx'schen Theorie im Sinne einer ganzheitlichen Sichtweise fern von den marktwirtschaftlich-induzierten moralischen Implikationen analysiert wird:

„Die Arbeit (...), welche die Substanz der Werte bildet, ist gleiche menschliche Arbeit, Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft. Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft, die sich in den Werten der Warenwelt darstellt, gilt hier als eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht (...) [jedoch gesamtgesellschaftlich betrachtet, Anm. M. W.] den Charakter einer gesellschaftlichen Durchschnitts-Arbeitskraft besitzt“ (Marx 1867, S. 53).

Den Wertbegriff als natürlich erscheinende Urform zu explizieren meint indes nicht, den Wert als autonomen, natürlichen Körper in materieller Urform in der Natur selbst vorzufinden. Im Gegenteil kann er nach Marx nur von lebendiger Arbeitskraft, also vom Menschen, erzeugt werden, wobei es sich beim Marx'schen Wertbegriff um ein *reduktionistisches Konstrukt* handelt, auf das sich die Gesellschaftsmitglieder nicht verständigen müssen, damit Wert etwas wert ist. Mit dieser Überlegung korrespondiert die Habermas'sche Erkenntnis, dass die Kommunikationsteilnehmer nach bestimmten Regeln, Normen und moralischen Vorstellungen miteinander interagieren, gemäß einem „kulturellen Hintergrundwissen“, über das sie *implizit* verfügen, frei von jeglichem Rationalisierungsdruck (vgl. Habermas 1981, S. 448ff):

„Das Konzept des verständigungsorientierten Handelns hat den weiteren oder ganz *anderen* Vorzug, daß es diesen *Hintergrund impliziten Wissens* beleuchtet, welches a tergo in die kooperativen Deutungsprozesse eingeht. Kommunikatives Handeln spielt sich innerhalb einer Lebenswelt ab, die den Kommunikationsteilnehmern im Rücken bleibt. Diesen ist sie nur in der präreflexiven Form von selbstverständlichen Hintergrundannahmen und naiv beherrschten Fertigkeiten präsent“ (a.a.O., S.449; Hervorhebungen im Original).

Wert ist wert, alleine durch die investierte Arbeitszeit. Die Wirtschaftssubjekte müssen sich über dieses Hintergrundwissen nicht verständigen. Die ökonomische Kategorie des Preises auf der anderen Seite ist hingegen jene gewohnte quantifizierbare Ausdrucksform eines Wertes, wiewohl der Wert den Preis zu beeinflussen und zu determinieren vermag, so dass der Preis vielleicht um den wirklichen Wert schwanke, aber umgekehrt keinen Einfluss nehmen kann auf den Wert. Kurzum: „Es existiert keine Reziprozität zwischen Preis und Wert“ (Witsch 2012b, S. 19).

Marx dekonstruiert über die Dispersion des Wertbegriffs in *Gebrauchswert* und *Tauschwert* die gesellschaftliche Transformierung der hier diskutierten natürlichen Erscheinungsform des Wertes:

„Als Gebrauchswerte sind die Waren vor allem verschiedner Qualität, als Tauschwerte können sie nur verschiedner Quantität sein, enthalten also kein Atom Gebrauchswert. Sieht man nun vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten“ (Marx 1867, S. 52).

Marx beschreibt eine Differenz zwischen Tauschwert und Wert: Der Tauschwert bezeichnet die *Eigenschaft* der Ware, einen Wert zu besitzen über die „Arbeitskraft“, während der Wertbegriff diese Eigenschaft bereits antizipiert, um darüber hinaus zu sagen, wovon die Höhe des Werts abhängt, nämlich von der Zeitdauer, die die Arbeitskraft aufwenden muss, um eine Ware zu produzieren. Marx spricht in diesem Zusammenhang oft abgekürzt von Arbeitszeitquanten. Der Gebrauchswert indes verweist auf einen spezifischen Nutzen einer Ware und besitzt demzufolge nur für den Einzelnen einen subjektiven (unter Umständen durchaus auch eingebildeten) Wert (vgl. Gehrig 2011, S. 635). Der Gebrauchswert einer Ware im Besitz von Händler B kann für Händler A exorbitant hoch sein, während für Händler B die eigene Ware ohne Nutzen, aber von hohem Tauschwert ist, mithin die Ware im Besitz von Händler A einen hohen Gebrauchswert verspricht (vgl. Sieferle 2007, S. 56). Kommt es zu einem einfachen Warentausch, können sich beide Seiten dabei einen Vorteil versprechen. Der hier beschriebene einfache Warentausch impliziert einen rein qualitativen Ausdruck

einer Handelsbeziehung: Beide Waren sind kommensurabel, weil in ihnen die gleiche gemeinschaftliche, wertbildende Substanz – menschliche Arbeitskraft – vergegenständlicht worden ist (vgl. Marx 1867, S. 74). Dahingegen legt der Begriff des Tauschwertes den Akzent auf eine rein quantitative Beziehung zweier Waren. Der Tauschwert existiert nie isoliert, es bedarf eines quantitativen Äquivalents: Ein bestimmtes Quantum von Ware B wird ausgetauscht mit einem bestimmten Quantum von Ware A (vgl. a. a. O., S. 74f).

„Könnten die Waren sprechen, so würden sie sagen, unser Gebrauchswert mag den Menschen interessieren. Er kommt uns nicht als Dingen zu. Was uns aber dinglich zukommt, ist unser Wert. Unser eigener Verkehr als Warendinge beweist das. Wir beziehen uns nur als Tauschwerte aufeinander“ (a. a. O., S. 97).

Der Tauschwert erscheint dem Menschen wie auch der Gebrauchswert unmittelbar real erfahrbar. Mehr noch: Gebrauchswert und Tauschwert scheinen unmittelbar auf natürliche Weise aus dem Wert der Ware selbst zu entspringen (vgl. a. a. O., S. 89). Aber: „Bisher hat noch kein Chemiker Tauschwert in Perle oder Diamant entdeckt“ (a. a. O., S. 98).

Die *Werte* zweier Waren, welche vielleicht in unterschiedlichen Mengen vorhanden sind, aber in denen der gleiche Zeitaufwand an verausgabter Arbeitskraft vergegenständlicht worden ist, sind zueinander nicht mehr asymmetrisch, sobald wir die polymorphen marktwirtschaftlichen Erscheinungsformen der Waren (Tauschwert und Gebrauchswert) dekonstruieren. Ware A und Ware B mögen in unterschiedlicher Menge vorhanden sein, besitzen jedoch beide für sich genommen dieselbe Stellung und Funktion als Produkt abstrakter, menschlicher Arbeitskraft (vgl. Haug 2005, S. 126f). Doch warum ist es nicht selbstverständlich, den Wertbegriff in seiner Urform, resp. in seiner abstrakten Eigenschaft zu denken? Der Wert einer Ware als logische Entität ist in seiner abstrakten Eigenschaft nie dinglich greifbar, also mit den Sinnen unmittelbar erfahrbar. Wohl aber der Gebrauchswert und der Tauschwert. Der Wert der Ware vergegenständlicht sich über den menschlichen Zeitaufwand an investierter Arbeit während des Produktionsprozesses, nicht sichtbar für die Menschen, die die fertige Ware im Ladenregal vorfinden. Die marktwirtschaftliche Vorstellung und Quantifizierung des Warenwertes über den Tauschwert wird erst dadurch ermöglicht, dass der in einer Ware durch Arbeitskraft vergegenständlichte Wert seine *Erscheinungsform* verändert, d. h. wenn er seine „Naturalhaut“ im Kontext einer marktwirtschaftlichen Handelsbeziehung zu einer anderen Ware ablegt und in seine „Geldhaut“ schlüpft, bzw. sich zu Tauschwert transformiert. Nun ist es im Rahmen der Warenproduktion in einer marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft zwingend

notwendig, den Wert der Ware konkret und nicht abstrakt zu bestimmen, bzw. die gängige marktwirtschaftliche Zuschreibung in Form eines Preises (Tauschwert) in die Ware einzulassen (vgl. a. a. O., S. 123). Erst dann kann sich der Wert als entsprechender objektiver Wertausdruck realisieren, wiewohl die Realisierung des Tauschwertes über den ursprünglichen abstrakten Wert nicht empirisch überprüft werden kann. Aber ohne eine Realisierung des Wertes (in Beziehung zu einer anderen Ware) in welcher Form auch immer bleibt die Ware in der gesellschaftlichen (marktwirtschaftlichen) Wirklichkeit nicht greifbar und ist daher aus marktwirtschaftlicher Perspektive nicht kommensurabel.

Analog zum Wertbegriff wird bei Marx der *Arbeitsbegriff* zu seiner abstrakten Urform zurückverfolgt und die gesellschaftlichen, marktwirtschaftlich-induzierten moralischen Implikationen begrifflich durchdrungen:

„Mit dem nützlichen Charakter der Arbeitsprodukte verschwindet der nützliche Charakter der in ihnen dargestellten Arbeiten, es verschwinden also auch die verschiedenen konkreten Formen dieser Arbeiten, sie unterscheiden sich nicht länger, sondern sind allzusamt reduziert auf gleiche menschliche Arbeit, abstrakt menschliche Arbeit“ (Marx 1867, S. 52).

Die Marx'sche Analyse des abstrakten Arbeitsbegriffs fragt nicht nach konkreten Arbeitskompetenzen, etwa nach Qualität oder Intensität einer Arbeit.<sup>7</sup> Bei dieser Kopplung von abstrakt menschlicher Arbeitskraft mit der abstrakten Form des Wertes liegt der Akzent auf der notwendigen Arbeitszeit des Arbeiters zur Realisierung (Produktion) dessen, was er zum Leben und dem Erhalt seiner Arbeitskraft benötigt (Reproduktion, resp. Konsumtion). Wird wie hier im Singular gesprochen, so erscheint der Wert der menschlichen Arbeitskraft in Form von Arbeitszeit quantifizierbar und daher in einem empirischen Bezugsrahmen verifizierbar. Im Kontext einer gesamtgesellschaftlichen Analyse jedoch stellt sich nur noch die Frage nach der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit zur Produktion dessen, was in einer Gesellschaft zur Deckung des Lebensbedarfs des Gesamtarbeiters und dem Erhalt seiner Arbeitskraft benötigt wird. Erst dann erscheint die Frage nach der Arbeitsintensität eines produktiven Einzelprozesses obsolet und der Blick wird frei für die schlichte Erkenntnis, dass gesellschaftliche, marktwirtschaftlich-induzierte

---

<sup>7</sup> Marx schreibt dazu dezidiert: „[W]ie verschieden die nützlichen Arbeiten oder produktiven Tätigkeiten sein mögen, es ist eine physiologische Wahrheit, daß sie Funktionen des menschlichen Organismus sind und daß jede solche Funktion, welches immer ihr Inhalt und ihre Form, wesentlich Verausgabung von menschlichem Hirn, Nerv, Muskel, Sinnesorgan usw. ist“ (Marx 1867, S. 85). Und: „Die Gleichheit [völlig] verschiedener Arbeiten kann nur in einer Abstraktion von ihrer wirklichen Ungleichheit bestehen, in der Reduktion auf den gemeinsamen Charakter, den sie als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, abstrakt menschliche Arbeit, besitzen“ (a. a. O., S. 87f).

moralische Implikationen die abstrakte Urform des Wertes und nun auch der Arbeitskraft nicht berühren. Der „Gesamtbauarbeiter“ etwa schafft nicht mehr Wert durch „bessere“ Arbeit als der „Gesamtmaschinenbauer“. Sobald wir die gesamtökonomische, ganzheitliche Perspektive verlassen, um eine quantifizierbare Wertdifferenz zwischen zwei verschiedenen Bauarbeitern zu bestimmen, verlassen wir die Marx'sche Analyse. Ganzheitlich gesehen ist der Wert der „Gesamtware“ bestimmt durch die nicht quantifizierbare Menge an *gesellschaftlich notwendiger* Arbeitszeit, die zur Produktion und Reproduktion der Menschen aufgewendet werden muss (vgl. Haug 2005, S. 31). Mit anderen Worten ist die Produktion der „Gesamtware“ bzw. die Produktion des ökonomischen Ganzen nicht reduzierbar auf die Produktion einer einzelnen Ware (vgl. Witsch 2012b, S. 10/S. 34).

Diese Überlegungen führen uns zum *Doppelcharakter* der menschlichen Arbeitskraft als Ware. Der Arbeiter ist zunächst schlicht der Warenbesitzer seiner Ware „Arbeitskraft“. Er verkauft dabei ausdrücklich nicht seine ganze Person (anders ein Sklave, der von seinem Herrn verkauft werden würde), sondern lediglich den Gebrauchswert seiner Arbeitskraft für einen (un)bestimmten Zeitraum (vgl. Sieferle 2007, S. 62). Die Frage der (Un)Freiwilligkeit dieses Handels stellt sich nicht, wenn wir davon ausgehen, dass der Arbeiter im Kontext der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht in der Lage ist, das, was er zum Leben benötigt, selbst zu produzieren. Mit anderen Worten begründet sich die Dominanz des Lohnarbeiterverhältnisses im Kapitalismus nicht primär über die Frage nach Armut und Reichtum, sondern über die strukturell gegebene (Un)Fähigkeit zur Produktion (vgl. a. a. O., S. 62f). Die Ware wird indes erst zur gesellschaftlichen Ware, wenn sie ihre *Erscheinungsform* als unfassbares Wertding transformiert und im Rahmen eines gesellschaftlichen Verhältnisses, konkreter: im Verhältnis zu einer anderen Ware, zu Gebrauchswert wird (vgl. Marx 1867, S. 62). Waren sind sozusagen beides: Gebrauchswert (spezifische Wertform), sobald sie in einen gesellschaftlichen, praxeologischen (Handels-)Kontext eingebunden worden sind, aber grundsätzlich und zu jeder Zeit Wertträger (Naturalform), weil in ihnen menschliche Arbeitskraft vergegenständlicht worden ist (vgl. ebd.). Doch gilt dies analog für die menschliche Ware Arbeitskraft? Ist sie Gebrauchswert für ihren Käufer, dem Besitzer der Produktionsmittel, und zugleich *Träger* von Wert? *Konsumiert der Käufer der Arbeitskraft lediglich den in ihr vergegenständlichten Wert?* An dieser Stelle kommen wir zu einer entscheidenden Stelle der Marx'schen Theorie:

„Um aus dem Verbrauch einer Ware [mehr] Wert herauszuziehen, müßte unser Geldbesitzer so glücklich sein, innerhalb der Zirkulationssphäre, auf dem Markt, eine Ware zu entdecken, deren Gebrauchswert selbst die eigentümliche Beschaffenheit besäße, Quelle von Wert zu sein (...). Und der Geldbesitzer findet auf dem Markt eine



solche spezifische Ware vor – das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft“ (a. a. O., S. 181).

Menschliche Arbeitskraft ist nicht, wie jede andere Ware, nur *Träger* von Wert (vergegenständlichter Wert bzw. geronnene Arbeitskraft), sondern *Produzent* (Quelle) von Wert; sie ist mithin die einzige Ware, die dem Käufer beim Ge- und Verbrauch *mehr Wert verspricht*, als dieser mit seinem Kapital in sie investiert hat. Wenn wir wieder die gesamtgesellschaftliche Formulierung anwenden, kann der „Gesamtarbeiter“ in der Produktionssphäre einen „Gesamt Mehrwert“ produzieren, also einen unbestimmten, nicht quantifizierbaren Wert, der über die „Gesamtware“, die für die Reproduktion des Gesamtarbeiters benötigt wird, hinaus geht. Das Ergebnis wäre das *Mehrprodukt*, das in der Zirkulationssphäre – sofern ausreichend nachgefragt – in Kapital verwandelt werden kann.

Wenn wir uns dezidiert vergegenwärtigen, dass ausschließlich lebendige menschliche Arbeitskraft Quelle von Wert sein kann und jener Wert nicht quantifizierbar ist (vgl. Sieferle 2007, S. 66), so wird klarer, dass in der ökonomischen *Praxis* die quantifizierbare ökonomische Kategorie des Preises als monetäre Ausdrucksweise für den Konsum der „Ware Arbeitskraft“ jene in ihrem Wert niemals „korrekt“ auszudrücken vermag (vgl. Haug 2006, S. 174). Man mag es kritischer formulieren wollen und von einer Auslöschung des Wertes der Arbeitskraft über die monetäre Ausdrucksweise sprechen (vgl. ebd.). Nichtsdestoweniger sind wir in marktwirtschaftlichen Verhältnissen darauf angewiesen, die menschliche Arbeitskraft in einem fassbaren Wert auszudrücken, ohne Kenntnis dessen, ob dieser Preis (in welcher Höhe auch immer) den Wert der Arbeitskraft tatsächlich trifft. Sowohl der tendenziell auf sichtbare Tatsachen fixierte Alltagsverstand als auch die auf den Markt bzw. Zirkulationssphäre eingeeengte (bürgerliche) ökonomische Theorie laufen indes Gefahr, den Wert der Arbeitskraft (und mithin der Ware) unmittelbar mit der monetären Ausdrucksweise des Preises kurzzuschließen. Im Kontext dieser (eingeschränkten) Perspektive erscheint der Preis (Lohn) als empirische Größe analog zur essentiell-sozialphilosophischen Kategorie des (Mehr)Werts, mit der Folge, dass die Arbeitskraft als Quelle von Mehrwert aus unserem Blickfeld verschwindet (vgl. Sieferle, 2007, S. 105; Haug 2006, S. 206). Sichtbar bleibt, dass der Käufer der Arbeitskraft lediglich den Wert erhält (konsumiert), den er zuvor in Form des Arbeitslohns investiert hat und kein Mehr an Wert darüber hinaus. Und auch aus der Perspektive des Lohnabhängigen ist die Produktion von Mehrwert nicht unmittelbar erfahrbar, da schließlich seine Arbeit (in welcher Höhe auch immer) bezahlt wurde und dieser Handel offensichtlich dem Äquivalenzprinzip entsprach (vgl. Sieferle 2007, S. 73). Der Gesamtarbeiter produziert jedoch über seine geleistete *Mehrarbeit* mehr, als er für die

Deckung seines Lebensunterhalts und mithin den Erhalt seiner Arbeitskraft benötigt und realisiert dabei *Mehrwert*, der im Produktionsprozess auf das *Mehrprodukt*, die Ware, übertragen und in ihr – als geronnene Arbeitskraft – vergegenständlicht wird (vgl. Haug 2006, S. 151; Sieferle 2007, S. 61 / S. 72).

Die Zirkulationssphäre (synonym: Marktsphäre) wird im Rahmen der Marx'schen Analyse des Kapitalismus nur als ein Phänomen verstanden, hinter welchem der eigentliche Prozess der Mehrwertproduktion stattfindet (vgl. Haug 2006, S. 38f; Marx 1867, S. 179). Dabei kommt die Zirkulationssphäre über ihre Vermittlungsfunktion von Produktion und Reproduktion (individuelle Konsumtion) nicht hinaus, wiewohl der nicht unmittelbar sichtbare Prozess (das Werden in der Produktion) im sichtbaren Resultat (dem Gewordenen in der Zirkulation) nicht quantifizierbar bzw. empirisch verifizierbar, aber immerhin hermeneutisch interpretierbar ist. Dann können wir später verstehen, dass die Zirkulationssphäre also nur Angebot (Produktion) und Nachfrage (Reproduktion) vermittelt, mithin in kapitalistischen Verhältnissen durch die Produktionsverhältnisse determiniert ist (vgl. Haug 2006, S. 38). Mit dieser Erkenntnis wird evident, warum sich eine auf marktwirtschaftliche bzw. auf sichtbare Prozesse fixierte ökonomische Theorie für das Verborgene in der Produktionssphäre und für die Kategorie des (Mehr)Werts nicht interessiert. Denn die durch *Marktgläubigkeit* eingeengte Perspektive interessiert sich ausschließlich für den quantifizierbaren Profit, für Angebot und Nachfrage, für Preisschwankungen am Markt und nicht für die abstrakte Kategorie des Mehrwerts in der Produktion (vgl. Sieferle 2007, S. 71 / S. 102).

Eine Analyse hingegen, die die verborgenen Prozesse in der Produktionssphäre situiert, kann und sollte sich für den Mehrwertbegriff interessieren. Das ist empirisch nicht unproblematisch. Denn mit Marx gesprochen sind

„Mehrwert und Rate des Mehrwerts (...), *relativ*, das Unsichtbare und das zu erforschende Wesentliche, während Profitrate und daher die *Form* des Mehrwerts als Profit sich auf der Oberfläche der Erscheinungen zeigen“ (Marx 1894, S. 53; Hervorhebungen hinzugefügt, M. W.).

An dieser Stelle scheint Marx den (Mehr)Wertbegriff nicht konsequent als unsichtbar zu konzeptualisieren, spricht er doch offensichtlich von einer „relativen“ Unsichtbarkeit. Haug (2006, S. 37) interpretiert die Rede von der „relativen Unsichtbarkeit“ insofern, als die Verhältnisse in der Produktionssphäre vom Standpunkt des Marktes aus unsichtbar sind, jedoch die Intention einer emanzipatorischen Lesart darin bestehen sollte, das „blendende Bild der ‚Sichtbarkeit‘ zu reflektieren“ (a. a. O., S. 39). Unsichtbar solle also lediglich heißen: nicht

quantifizierbar. Das blendende Bild der Sichtbarkeit wäre hier der Preis auf dem Markt. Analog dazu konstatiert Louis Althusser:

„Wenn Marx vom (...) ‚gesamten Mehrwert‘ spricht, so kann keiner ihn mit den Händen greifen und zählen“ (Althusser zit. in: Haug 2006, S. 37).

Mehrwert, so Althusser weiter, sei

„kein Ding, sondern der [zu analytischen Zwecken entworfene, M. W.] *Begriff eines Verhältnisses*, einer gesellschaftlichen Produktionsstruktur, die, als sichtbare und messbare Existenz, einzig in ihren ‚Wirkungen‘ existiert“ (Althusser zit. in: Haug 2006, S. 39; Hervorhebung hinzugefügt, M. W.).

Der (Mehr)Wertbegriff dient zu analytischen Zwecken dazu, auf die verborgenen Verhältnisse (Prozesse) in der ökonomischen Praxis hinzuweisen, die wir versuchen zu rekonstruieren. Er ist ein *reduktionistisches Konstrukt*, als logische Entität nur in der (theoretisierenden) Vorstellung denkbar, aber niemals in der ökonomischen Praxis verifizierbar oder quantifizierbar. Eine bewusste Tautologie<sup>8</sup>, die sich vielleicht kommunikativ verarbeiten lässt, wenn wir versuchen uns im Klaren darüber zu sein, dass eine abstrakte und abstrahierende Theorie im Kontext von Verständigungsbemühungen um das allein schon sprachlich-determinierte Gegenständliche nicht herum kommen kann (vgl. Witsch 2012b, S. 26). Und so können wir uns darum bemühen, den (Mehr)Wertbegriff und das Angebot der Marx’schen Theorie nicht einfach als „anti-rationalistisch“ abzutun, vielmehr in ihr eine Gelegenheit bzw. ein Angebot zu sehen, in der das (durchaus rationale) Denken und nicht die empirische Tatsache situiert wird (vgl. ebd.).

Die marktgläubige Volkswirtschaftslehre kennt einen ganzheitlichen Begriff, wie Marx ihn konzeptualisiert hat, im Kontext ihres Forschungsgebietes nicht. Sofern die marktgläubige Perspektive makroökonomische Implikationen zulässt, müssen sich jene verkürzt aus der Summe aller einzelwirtschaftlichen Tatsachen zusammen setzen. Wenn wir uns darüber hinaus für einen sozialphilosophisch fundierten Mehrwertbegriff entscheiden, also für einen Mehrwertbegriff, der dazu herangezogen werden kann, die nicht unmittelbar sichtbaren ökonomischen und wirtschaftspolitischen Regeln (Strukturen) hinter dem Rücken der Wirtschaftssubjekte zu rekonstruieren, müssen wir uns darum bemühen, sensibel dafür zu bleiben, den Marx’schen Kategorien nicht verkürzt und hypostasierend ein inneres Wesen

---

<sup>8</sup> „Marx hat ausdrücklich auf die begriffliche ‚Verengung‘ hingewiesen, die ihm sein Erkenntnisgegenstand und seine Untersuchungsaufgaben in der kapitalistischen Produktionsweise abnötigten“ (Lorenzer 1977e, S. 210).

zuzuschreiben (vgl. Haug 2006, S. 40). Hier (und nicht nur hier) mutet die Marx'sche Theorie dem (wohlgesonnenen) Leser einiges zu (vgl. Witsch 2012b, S. 55f). Erst recht dann, wenn wir bestrebt sind, über den hermeneutischen und begrifflich-logisch rekonstruierten Erkenntnisgewinn hinaus signifikante wissenschaftliche Ergebnisse mit empirischem Gehalt präsentieren zu wollen. Ein solcher Anspruch kann nicht erfüllt werden und würde zudem den Erkenntnisgewinn konterkarieren.

Die nachfolgenden Überlegungen korrespondieren mit der Entscheidung, den Mehrwertbegriff als theoretisches, begriffliches Rüstzeug in den weiteren Erkenntnisprozess einzulassen. Der bisher erworbene wesentliche Erkenntnisgewinn sei in wenigen Worten wie folgt zusammengefasst:

„[I]m Grunde geht es hier um das Problem eines klaren begrifflichen Schnitts von *Produktion* und *Zirkulation* (Markt), bzw. zwischen *Wert* und *Preis*. (...) Mit anderen Worten: etwas (am Markt) zu verkaufen ist etwas ganz anderes als etwas (in der Produktion) zu erzeugen. Das schließt ein, dass der Wert der Ware (Arbeitszeit) nicht transformierbar oder übersetzbar ist in ihren Preis; somit ist auch der Mehrwert nicht transformierbar oder übersetzbar in den Gewinn (...)“ (a. a. O., S. 13; Hervorhebungen im Original).

### 3 Kapital und Kapitalakkumulation

Betrachten wir gleich den verborgenen kapitalistischen Produktionsprozess genauer. Auf dem Weg dorthin betrachten wir zunächst lapidar vorkapitalistische Handelsbeziehungen. Im Kontext eines einfachen Warentauschs (W-G-W)<sup>9</sup> konsumiert jeder Marktteilnehmer für sich. Es interessiert kein Weiterverkauf der erworbenen Ware (etwa zu einem höheren Preis). Für jeden Warenbesitzer kann jede fremde Ware, die er selbst nicht besitzt, als spezifisches Äquivalent gelten. Gleichzeitig kann die eigene Ware als Äquivalent für alle anderen Waren dienen. Um einen Markt zu errichten, auf dem alle Handelspartner gleichzeitig aktiv werden können, braucht es (bereits im Rahmen einer vorkapitalistischen Zirkulation) ein allgemein anerkanntes Äquivalent: das Geld (vgl. Marx 1867, S. 101). Die Marktteilnehmer als personifizierte ökonomische Kategorien setzen ihre ökonomischen Charaktermasken auf – sie werden zu „Käufer“ und „Verkäufer“. Der profane Käufer (ein einfacher Konsument) schielt auf den spezifischen Gebrauchswert einer Ware, die er nicht besitzt und so personifiziert er den universellen Gebrauchswert, das Geld, mit der er jede beliebige andere Ware zum selben Wert kaufen kann. Der Verkäufer indes personifiziert seine spezifische Ware, die er zum Verkauf anbietet (vgl. Haug 2006, S. 47f). Beide, Ware und Geldware, bilden einander komplementär gegensätzliche Formen auf dem Markt (vgl. a. a. O., S. 49f). Die Waren, die in der Zirkulationssphäre gehandelt werden, fallen aus dieser heraus: Sie werden entweder endgültig verbraucht (Lebensmittel) oder tauchen später wieder als (gebrauchte) Ware in der Zirkulationssphäre auf. Ist dies der Fall oder werden aus der Produktionssphäre beständig neue Waren in die Zirkulation eingespeist, dann setzt sich diese einfache Transaktionssequenz W-G-W in Form einer einfachen Warenzirkulation immerzu fort. „Die Endphase der einen Transaktionssequenz W-G-W ist die Anfangsphase einer zweiten“ (a. a. O., S. 51). Während dieses immerzu fortdauernden Prozesses verweilt die Geldware stets in der Zirkulationssphäre (vgl. a. a. O., S. 52). Der bloße Geldumlauf erscheint bereits in vorkapitalistischen Handelsbeziehungen als das wesentliche, kausale und motivationale Moment des Zirkulationsprozesses (vgl. Sieferle 2007, S. 58). Der *spezifische Fetischcharakter* des Geldes als das gesellschaftlich anerkannte allgemeine Äquivalent ist begründet in dessen Fähigkeit, unmittelbar Repräsentant sämtlicher Gebrauchswerte zu sein, einschließlich der einzigen Ware, die mehr Wert über die pure Reproduktion hinaus schaffen kann: der menschlichen Arbeitskraft. Geld drückt aus der Perspektive der Marktteilnehmer als einzige Ware auf diese Weise nicht nur eine gesellschaftliche Machtbeziehung aus, sondern verkörpert diese Machtbeziehung a priori in seinem Dasein und wirkt mithin in seiner Macht wirklicher als alles

---

<sup>9</sup> W=Ware; G=Geld

unmittelbar Menschliche (vgl. Haug 2006, S. 68). Über die vermittelnde Bewegung in der Zirkulationssphäre (wohlgemerkt bereits in vorkapitalistischen Handelsbeziehungen), in der die Ware zu Geld wird, verschwindet die Genealogie des Geldes (vgl. a. a. O., S. 45):

„Der Preis oder die Geldform der Waren ist, wie ihre Wertform überhaupt, eine von ihrer handgreiflich reellen Körperform unterschiedne, also nur ideelle oder vorgestellte Form“ (Marx 1867, S. 110).

Dieses Attribut des Geldes, nur eine ideelle, vorgestellte Wertform der Waren zu sein, verbirgt sich vor unserer alltäglichen Wahrnehmung, denn

„[e]ine Ware scheint nicht erst Geld zu werden, weil die andren Waren allseitig ihre Werte in ihr darstellen, sondern sie scheinen umgekehrt allgemein ihre Werte in ihr darzustellen, weil sie Geld ist“ (a. a. O., S. 107).

Mit anderen Worten: Für das Alltagshandeln ist es selbstverständlich, dass das Geld kein Resultat der Warenwelt ist, sondern umgekehrt, die Warenwelt ein Resultat des Geldes sein muss. Schließlich, so die reale Erfahrung, lässt sich jeder Geldschein in jede beliebige Ware transformieren und erst mit genügend Kapital lassen sich beliebige Waren produzieren. Mit dem Verschwinden der Genealogie des Geldes verschwindet überdies die lebendige menschliche Arbeitskraft als einzige (Mehr)Wertquelle aus den Augen und aus dem Sinn. Das, was in der Produktionssphäre passiert, rückt weiter in den Hintergrund (vgl. Haug 2006, S. 45).

Die einfache Warenzirkulation in Form der Transaktionssequenz W-G-W ist angesichts des spezifischen Fetischcharakters des Geldes heute nicht mehr die primäre Antriebskraft der Wirtschaftssubjekte. Die Geldware als universeller Gebrauchswert mag sich qualitativ nicht ändern, wiewohl es im Interesse der Wirtschaftssubjekte ist, das Geld quantitativ zu vermehren (vgl. Sieferle 2007, S. 59). Dies kann unter den Bedingungen einer einfachen Warenzirkulation nicht gelingen, wenn wir davon ausgehen, dass – gesamtgesellschaftlich betrachtet – die erworbene Ware unmöglich zu einem höheren Wert verkauft werden kann, als zuvor für sie bezahlt wurde. Das gelingt allein deshalb nicht, weil der Wert der Waren sich nicht von selbst („wie von Geisterhand“) vermehren kann. Wert erzeugt keinen Wert, ebenso wie Geld keinen Wert erzeugt (vgl. Witsch 2012b, S. 42f). Eine dingliche Ware (das schließt jede Maschine und die Geldware mit ein) produziert keinen neuen Wert über den eigenen Wert hinaus. Das kann nur der Mensch über seine lebendige Arbeitskraft (vgl. a. a. O., S. 13). Im Einzelfall mag ein Händler aus seiner Ware über einen rentablen Verkauf

einen höheren Gewinn erzielen, vielleicht weil es ihm gelingt, einen ahnungslosen Handelspartner zu betrügen. Dann hätte der glückliche Händler in einer vorkapitalistischen Handelsbeziehung einen höheren Ertrag ganz ohne Mehrwertbildung (Wertschöpfung) in der Produktionssphäre erzielt. Aus  $W-G-W$  würde  $G-W-G'$ .<sup>10</sup>

Um die Transaktion  $G-W-G'$  *progressiv* und dauerhaft zu gewährleisten, bedarf es im Kontext der *kapitalistischen Produktionsweise* der menschlichen Arbeitskraft als einzige Wertquelle. Marx setzt in seiner abstrakten Analyse des idealen Durchschnitts der kapitalistischen Produktionsweise die Gültigkeit der Zirkulationsgesetze (und damit das Prinzip der Äquivalenz) zu analytischen Zwecken voraus: Waren (einschließlich der menschlichen Arbeitskraft) werden in diesen theoretischen Überlegungen zu ihrem Wert gekauft und verkauft, völlig unbekümmert davon, was in der ökonomischen Praxis tatsächlich passiert (vgl. Sieferle 2007, S. 62; Witsch 2012b, S. 48f). Mit dem Eintritt in diesen *verlängerten* Wertbildungsprozess  $G-W-G'$  sind mit anderen Worten

„[a]lle Bedingungen des Problems (...) gelöst und die Gesetze des Warenaustausches in keiner Weise verletzt. Äquivalent wurde gegen Äquivalent ausgetauscht. Der Kapitalist zahlte als Käufer jede Ware zu ihrem Wert, Baumwolle, Spindelmasse, Arbeitskraft“ (Marx 1867, S. 209).

Weil:

„Der Geldbesitzer hat den Tageswert der Arbeitskraft gezahlt; ihm gehört daher ihr Gebrauch während des Tages, die tagelange Arbeit. Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Arbeitstag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken, arbeiten kann, daß daher der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tags schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tauschwert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer“ (a. a. O., S. 208).

Im Kontext der Marx'schen Analyse des Verwertungsprozesses ist eine moralisierende Gerechtigkeitsdebatte, also die Diskussion darüber, was der Lohnabhängige angesichts seiner Arbeitsleistung moralisch gesehen verdient oder nicht verdient, nicht von Interesse. Denn den produzierten Mehrwert braucht der Arbeiter nicht, um seinen Eigenbedarf, resp. den Erhalt seiner Arbeitskraft zu sichern. Man könnte jedoch leicht mokieren, dass die überschüssige Leistung in Form der Mehrarbeit nicht bezahlt wird,

---

<sup>10</sup>  $G$ =Geld,  $W$ =Ware,  $G'=G+\Delta G$  (Bonus) (vgl. Sieferle 2007, S. 59). An dieser Stelle können die ökonomischen Kategorien *Geld* und *Kapital* begrifflich voneinander abgegrenzt werden: Denn „[d]ieses auf Vermehrung ausgerichtete Geld ist die abstrakte Ursprungsform des Kapitals“ (ebd.).

also bei der reinen Mehrwertproduktion von *unbezahlter Arbeit* sprechen, wie Marx dies teilweise selbst missverständlich formuliert (vgl. Marx 1867, S. 648; Witsch 2012b, S. 52). Missverständlich deshalb, weil mit dieser Formulierung (uneingestanden) die Möglichkeit einer (quantifizierbaren) Wert-Preis-Transformation postuliert, ferner dem Wertbegriff dadurch (uneingestanden) eine dingliche (stoffliche) Eigenschaft appliziert wird. Es ist jedoch nicht möglich zu verifizieren, wie viel unbezahlte Arbeit genau ein Arbeitnehmer leistet.

Im Kontext des bisher Gesagten können wir mit Marx nun die verborgene Stätte der Produktionssphäre betreten, um die *kapitalistische Produktionsweise*, resp. den *Prozess der Kapitalverwertung* zu rekonstruieren: Allgemein gesprochen ist der Verwertungsprozess des Kapitals ein *verlängerter* Wertbildungsprozess  $G-W-G'$  (vgl. Marx 1867, S. 209). Der Gesamtkapitalbesitzer schießt am Markt sein Kapital (C) vor. Marx differenziert das vorgeschossene Kapital in zwei Kategorien:<sup>11</sup> zum einen in das investierte *konstante Kapital* (c) in Form von Produktionsmitteln (Rohstoffe und Maschinen) und zum anderen in das investierte *variable Kapital* (v), resp. in den Erhalt (die Reproduktion) von lebendiger menschlicher Arbeitskraft. In diesem Produktionszyklus wird vom Arbeiter zunächst das produziert, was er zu seiner Reproduktion wieder verbraucht. Darüber hinaus produziert er über geleistete Mehrarbeit einen Mehrwert (m), der in einem Mehrprodukt – als geronnene Arbeitskraft – vergegenständlicht wird. Wir sollten uns an dieser Stelle wieder vergegenwärtigen, dass die Marx'schen Kategorien, so hier variables Kapital (v), konstantes Kapital (c) und Mehrwert (m), nicht jede für sich stehen können, sondern *Prozessgrößen* darstellen, die auf das ökonomische Ganze verweisen (vgl. Haug 2006, S. 148). So ist etwa das konstante Kapital in der ökonomischen Praxis nicht an sich verifizierbar konstant. Im Kontext der Marx'schen Theorie ist an ihm nur das Wesen seines Werts innerhalb des Verwertungsprozesses konstant (vgl. ebd.), da es sich nicht selbst verwerten kann (Wert erzeugt keinen Wert), ganz im Gegensatz zum variablen Kapital, das den Einsatz der lebendigen Arbeitskraft zur Erzeugung von mehr Wert als in sie investiert worden ist, ermöglicht (vgl. Witsch 2012b, S. 13).

Es stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage nach der Rolle der Produktionsmittel (c) im Verwertungsprozess:

„Bei der Betrachtung des Wertbildungsprozesses ergab sich (...), daß, soweit ein Gebrauchswert zweckgemäß vernutzt wird zur Produktion eines neuen Gebrauchswerts, die zur Herstellung des vernutzten Gebrauchswerts notwendige Arbeitszeit einen Teil der zur Herstellung des neuen Gebrauchswerts notwendigen Arbeitszeit bildet, also Arbeitszeit ist, die vom vernutzten Produktionsmittel auf das

---

<sup>11</sup> Ausführlicher vgl. Marx 1867, sechstes Kapitel: Konstantes Kapital und variables Kapital, S. 214-225



neue Produkt übertragen wird. Der Arbeiter erhält also die Werte der vernutzten Produktionsmittel oder überträgt sie als Wertbestandteile auf das Produkt, nicht durch sein Zusetzen von Arbeit überhaupt, sondern durch den besondern nützlichen Charakter, durch die spezifisch produktive Form dieser zusätzlichen Arbeit“ (Marx 1867, S. 215).

Mit anderen Worten, unter Berücksichtigung der ganzheitlichen Perspektive: Der Gesamtarbeiter überträgt über seine eingesetzte *konkret nützliche* Arbeitskraft den ursprünglichen, fixen Wert der verbrauchten oder vernutzten Gesamtproduktionsmittel, die in einem früheren Produktionszyklus produziert worden sind, auf die Gesamtware. Zugleich erzeugt er über den *abstrakten* Charakter seiner Arbeitskraft einen (nicht quantifizierbaren) Gesamtmehrwert, abzüglich dessen, was er zum Zwecke seiner eigenen Reproduktion verbraucht (vgl. Haug 2006, S. 147). Praxeologisch formuliert, produziert der Gesamtarbeiter mit Hilfe der Produktionsmittel zunächst jene Waren, die seine Reproduktion sicherstellen. Anschließend produziert er über Mehrarbeit einen Mehrwert, vergegenständlicht im Mehrprodukt. In diesem gesamten Prozess wird nicht der Wert der Produktionsmittel, sondern deren Gebrauchswert konsumiert; das Resultat ist ein neuer Gebrauchswert in der neu produzierten Ware; zugleich wird der fixe Wert der Produktionsmittel, der in einem vergangenen Produktionszyklus in ihnen vergegenständlicht worden ist, auf das neue Produkt übertragen (vgl. ebd.). Kurzum: Der alte Gebrauchswert der Produktionsmittel verschwindet im neuen Gebrauchswert der produzierten Ware, in der zugleich der alte Tauschwert der Produktionsmittel erscheint (vgl. Marx 1867, S. 222).

Ein gängiges, wohl begriffliches Problem in der Marx-Rezeption kann entstehen, wenn gesagt wird, die Produktionsmittel wären an der Mehrwertproduktion beteiligt. „Sie übertragen [jedoch] nur ihren eigenen Wert – geronnene Arbeitskraft, die in den Produktionsmitteln vergegenständlicht ist – auf die zu produzierende Ware, das heißt, sie schaffen – im Unterschied zur lebendigen Arbeitskraft – keinen zusätzlichen Wert, der über den Wert hinausging, der in ihnen vergegenständlicht ist“ (Witsch 2012b, S. 10). Wenn wir diese Überlegungen erneut in einen praxeologischen Kontext stellen, dann nehmen wir etwa an, die Gesamtmaschinerie hält genau zehn Jahre, bevor sie ersetzt werden muss, dann vermag der Gesamtarbeiter – d. h. nicht die Maschine selbst – über seine konkret-nützliche Arbeitskraft bei kontinuierlichem Maschineneinsatz jährlich 1/10 ihres Wertes auf die Gesamtware zu übertragen (vgl. a. O., S. 12; Siefert 2007, S. 108). Und weil die Produktionsmittel nicht an der Mehrwertproduktion beteiligt sind, beeinflussen sie die *Mehrwerttrate* (Verhältnis von Mehrwert und variablem Kapital) nicht, wiewohl es beim konstanten Kapital bei der

Analyse des Verwertungsprozesses nur „um eine geschätzte Durchschnittsgröße handeln [kann], d. h. es ist unmöglich, im Hinblick auf eine einzelne Ware diesen Anteil zum Zeitpunkt der Preisbildung genau zu bestimmen“ (Sieferle 2007, S. 109). Die Gesamtmaschine wird nach und nach verbraucht und damit abgeschrieben.<sup>12</sup> Ist sie verbraucht, kann der Gesamtarbeiter mit ihrer Hilfe kein weiteres Mal (Mehr)Wert produzieren, es bedarf einer neuen Maschine, die in einem weiteren Produktionszyklus hergestellt werden muss (vgl. Witsch 2012b, S. 126).

Die Mehrwertproduktion über die Exploitation der Arbeitskraft differenziert Marx begrifflich in zwei weitere Kategorien:

„Durch Verlängerung des Arbeitstages produzierten Mehrwert nenne ich *absoluten Mehrwert*; den Wert dagegen, der aus Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit und entsprechender Veränderung im Größenverhältnis der beiden Bestandteile des Arbeitstags entspringt – *relativen Mehrwert*“ (Marx 1867, S. 334; Hervorhebungen hinzugefügt, M. W.).

Vermag der Gesamtarbeiter in einer bestimmten Zeit das zu produzieren, was er zu seiner Reproduktion benötigt ( $v$ ), produziert er absoluten Mehrwert ( $m$ ), sofern die Verlängerung des Arbeitstages möglich ist. Ist dies nicht der Fall, ist der Gesamtkapitalist gezwungen, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die ausschließlich den Lebensbedarf des Arbeiters deckt, zu verkürzen, damit mehr vom Arbeitstag zur Produktion von Mehrwert genutzt werden kann (vgl. Haug 2006, S. 203). Die Differenzierung des Mehrwertbegriffs in diese beiden komplementär-antagonistischen Kategorien dient – wie so ziemlich alle Kategorien, die um eine begriffliche Vergegenständlichung nicht herum kommen – der praxeologischen Anschaulichkeit. Die Gegensätzlichkeit von absolutem und relativem Mehrwert löst sich indes im ganzheitlichen Resultat, der Produktion des Gesamtwerts, auf (vgl. a. a. O., S. 204; Marx 1867, S. 533f).

Die Verkürzung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die zur Reproduktion der Arbeitskraft benötigt wird, ist wesentlich im Interesse der Wirtschaftssubjekte unter Kapitalverwertungsbedingungen. Aufgrund von (mittlerweile globalem) Wettbewerb und Konkurrenzdruck sind die Konzerne angehalten, ihre Produktivkraft möglichst zu steigern und das heißt, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel zu produzieren:

---

<sup>12</sup> In einer Einzelfallanalyse rückt die Frage, wie lange und effektiv eine Maschine zu funktionieren vermag, in den Vordergrund. Und wieder gilt: Im Kontext einer ganzheitlichen Sichtweise gleichen sich auf lange Sicht „Pech“ und „Glück“ aus (vgl. Witsch 2012b, S. 126).

„Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil des Arbeitstages für die Mehrarbeit an als die übrigen Kapitalisten in demselben Geschäft. Er tut im einzelnen, was das Kapital bei der Produktion des relativen Mehrwerts im großen und ganzen tut. Andererseits aber verschwindet jener Extramehrwert, sobald die neue Produktionsweise sich verallgemeinert und damit die Differenz zwischen dem individuellen Wert der wohlfeiler produzierten Waren und ihrem gesellschaftlichen Wert verschwindet“ (Marx 1867, S. 337).

Der Einsatz von neuen Technologien (c) verspricht eine höhere Produktivität, zumal die menschliche Arbeitskraft – obwohl einzige Quelle von Wert – *aus der Perspektive des Kapitals* ein wesentlicher Kostenfaktor ist, und das umso mehr, je länger sie für den Eigenbedarf (v) eingesetzt werden muss. So vermag die menschliche Arbeitskraft das Kapital an sich zu ziehen und zugleich abzustößen (vgl. Haug 2006, S. 223). Wird eine neue Technologie zur Erhöhung der Produktivität eingesetzt, ermöglicht jene die Produktion einer höheren Zahl von Produkten pro Zeit. Doch der Wert eines je einzelnen Produkts wird bei höherer Produktivität sinken, während der Gesamtwert der produzierten Gesamtware konstant bleibt (vgl. ebd.). Um am Markt nicht unterzugehen, sind alle Unternehmen gezwungen, das Wetttrüben der Produktivkraftsteigerung mitzumachen. Jedes Unternehmen schießt auf die mögliche Produktion eines (wenn auch kurzfristigen) Extramehrwerts und muss damit rechnen, dass die Konkurrenz dasselbe Ziel verfolgt (vgl. Sieferle 2007, S. 78). Das Unternehmen, das seine Produktivkraft nicht schnell genug steigern kann, muss seine einzelnen Waren unter ihrem Wert verkaufen und wird aus dem „Spiel“ ausscheiden (vgl. ebd.).

Ganzheitlich betrachtet kann bei gleichbleibendem Einsatz menschlicher Arbeitskraft die Produktmenge steigen bzw. bei sinkendem Einsatz menschlicher Arbeitskraft die Produktmenge konstant gehalten werden (vgl. Haug 2006, S. 223). Der lohnabhängige Gesamtarbeiter erhält indes bei der Produktion von *relativem* Mehrwert nach wie vor das, was er zur Deckung seines Lebensunterhalts benötigt. Nur die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die er zur seiner Reproduktion aufwenden muss, verringert sich und es bleibt ihm mehr Zeit für die Produktion des (relativen) Mehrwerts. Mit anderen Worten erhöht sich im Verwertungsprozess die Arbeitszeit zur Mehrwertproduktion im Verhältnis zur Arbeitszeit für die eigene Reproduktion. Doch sobald sich die verbesserte Produktionsweise über verbesserte Produktionsmittel gesamtgesellschaftlich durchgesetzt hat, verschwindet der erzielte „Extramehrwert“ des schnellsten Unternehmens wieder (vgl. Marx 1867, S. 337). Die Folge ist eine permanente „Revolutionierung des Produktionsprozesses“ (a. a. O., S. 481; vgl. Haug 2006, S. 204), vielleicht das, was als Folge von marktfundamentalistischer Ideologie

und daran anschließender politischer Praxis heute hier und da mokierend (transnationaler) „High-Tech-Kapitalismus“ genannt wird (vgl. ders. 2008, S. 483).

Was wir an dieser Stelle mit Marx *theoretisch* untersuchen ist die *historische Dynamik* des kapitalistischen Verwertungsprozesses (vgl. Sieferle 2007, S. 78), nicht die ökonomische Praxis selbst, um deren Verständnis (Interpretation) wir uns erst im Anschluss bemühen wollen, obgleich die prozessierende *Verwertungslogik* der kapitalistischen Produktionsweise, so die zentrale These, die ökonomische Praxis unmittelbar sowohl konstituiert als auch determiniert. Der historisch-dynamische, *motivationale* Antrieb des Kapitalverwertungsprozess resultiert darin, möglichst viel Kapital zu akkumulieren, da Kapital analog zum Geld universelle Gebrauchswerte verspricht und unmittelbar ein gesellschaftliches Machtverhältnis – die Verfügung über menschliche Arbeitskraft als Quelle von Wert – zum Ausdruck bringt. Über den Geldfetisch konstituiert sich dieser historisch-dynamische Antrieb als *struktureller Zwang* unter dem Primat der kapitalistischen Produktionsweise, da im Kontext von Wettbewerb (Konkurrenzdruck) und Produktivkraftsteigerungen derjenige das Nachsehen hat, der sich diesem Prozess entzieht (vgl. Haug 2006, S. 212). Es ist mithin eine Bedingung der Kapitalakkumulation, dass die produzierten Waren über die Zirkulationssphäre dem Konsumsektor zugeführt werden. *Im Kontext der abstrakten Analyse des Akkumulationsprozesses setzt Marx auch dies als gegeben voraus* (vgl. Marx 1867, S. 589). Denn *erst dann* kann der Gesamtkapitalist seinen erzielten Mehrwert in Kapital transformieren, wobei er

„zwar der erste Aneigner [ist], aber keineswegs der letzte Eigentümer dieses Mehrwerts. Er hat ihn hinterher zu teilen mit Kapitalisten, die andre Funktionen im großen und ganzen der gesellschaftlichen Produktion vollziehn, mit dem Grundeigentümer usw. Der Mehrwert spaltet sich daher in verschiedene Teile. Seine Bruchstücke (...) erhalten verschiedene, gegeneinander selbständige Formen, wie Profit, Zins, Handelsgewinn, Grundrente usw.“ (ebd.).

Der Gesamtkapitalist kann demzufolge (und aufgrund des Konkurrenzdrucks) nicht einfach, wie andere „Ausbeuterformen“ vor ihm, den gesamten erzielten Mehrwert unproduktiv konsumieren. Er muss den Teil des Mehrwerts, den er sich aneignen kann, in der Zirkulationssphäre erfolgreich in Kapital verwandeln und jenes Kapital (in *c* und *v*) reinvestieren, um immer weiter Kapital akkumulieren zu können (vgl. Sieferle 2007, S. 78; Marx 1867, S. 606), kurzum: „Je mehr der Kapitalist akkumuliert hat, desto mehr kann er akkumulieren“ (a. a. O., S. 609):

„Außerdem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Die zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittels progressiver Akkumulation“ (Marx 1867, S. 618).

Das Resultat der permanenten Revolutionierung des Produktionsprozesses unter exzessivem Konkurrenzdruck ist diesen Überlegungen zufolge ein *struktureller Zwang* zur erweiterten Reproduktion, resp. *progressiven Kapitalakkumulation*:

„Die Ausdehnung der Produktion, die permanente Entwicklung neuer Verfahren und neuer Produkte, also das Wirtschaftswachstum, ist nicht Ergebnis einer besonderen mentalen Disposition der Kapitalisten, ihrer ins Unendliche strebenden Gier nach Mehrwert, sondern sie ist die natürliche Systembedingung dieser Produktionsweise“ (Sieferle 2007, S. 78f).

Mit anderen Worten mag der Warenfetisch bzw. der Mehrwertfetisch als das wesentliche motivationale Moment die Genese der kapitalistischen Produktionsweise kontingent hervorgebracht haben. Nichtsdestotrotz ist aus dem ursprünglichen Motiv eine feste Struktur, eine *strukturell-induzierte zwanghafte Wachstumsmaschinerie* geworden, in der der Gesamtkapitalist analog zum Gesamtarbeiter ein Knecht des Kapitalverhältnisses geworden ist (vgl. a. a. O., S. 80/S. 82).

Mit der Analyse des Kapitalverwertungsmechanismus haben wir den wesentlichen Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem Verhältnis zur lebendigen menschlichen Arbeitskraft als einzige (Mehr)Wertquelle bereits angerissen. Denn die Arbeitskraft als einzige Quelle von Wert wird aufgrund steigender Produktivkraft immer weniger zur Mehrwertproduktion herangezogen. Es ging in diesem Abschnitt zunächst darum, den Prozess der kapitalistischen Produktionsweise zu verstehen, mithin ein begriffliches Rüstzeug für eine alternative Denkweise der historischen Entstehungsgeschichte der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu entwickeln (vgl. Witsch 2012b, S. 20). Wir werden nun im Anschluss eine hermeneutische Annäherung an die ökonomische Praxis versuchen, weiterhin im Kontext einer gesamtökonomischen Perspektive, wiewohl wir weiterhin keinen Anspruch auf eine Art „Supertheorie“ erheben. Das muss uns nicht stören, wenn wir uns die aktuelle prekäre Situation in den kapitalistischen Zentren der Welt vergegenwärtigen. Selbst Bundesfinanzminister Schäuble leugnet im Zusammenhang mit den Rettungspaketen für kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehende Staaten die eigene Hilflosigkeit nicht,

obgleich er sich bemühe, nicht die Geduld mit Griechenland zu verlieren (vgl. Tagesschau-Online vom 21.02.2012):

„Es gibt keine Garantien, dass der eingeschlagene Weg zum Erfolg führt“ (Schäuble zit. in: Zeit-Online vom 24.02.2012).

In diesem Zusammenhang können wir davon ausgehen, dass der Bundesfinanzminister trotz seines möglichen Zugriffs auf das gesammelte ökonomische Expertenwissen der Bundesrepublik nicht wirklich weiß, was gesamtökonomisch betrachtet in der Welt eigentlich passiert. An einer fundierten Analyse der Krise scheint die Bundesregierung nicht interessiert. Kanzlerin Merkel wiederholte im Bundestag, so schreibt die *Zeit*,

„man müsse anerkennen, dass die Überwindung der Krise ein ‚langer, anstrengender Prozess‘ sei. Ebenso wichtig sei, die Ursachen zu erkennen: die hohe Verschuldung und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten. Deshalb sei die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit bedeutsam und der Abbau der Schulden. ‚So legen wir die Basis für eine nachhaltige Stabilisierung‘, sagte sie“ (Zeit-Online, vom: 10.05.2012).

Die Ursachen für die Schuldenkrise bzw. Euro-Krise seien also, so Merkel, die hohen Schulden und die mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit einiger Staaten. Zum einen eine Tautologie (Ursache der Schulden sind zu hohe Schulden) und zum anderen eine Sündenbockphilosophie (andere Staaten halten nicht mit und ziehen die anderen mit in den Abgrund). Zu mehr Analyse scheint die Politik nicht gewillt oder nicht in der Lage zu sein. Die auf ökonomische Einzelprozesse gerichteten wissenschaftlichen „Tatsachen“ überzeugen hingegen immer weniger, zumal dann, wenn kontinuierlich prekäre „Alternativlosigkeiten“ in die sozialen Verhältnisse eingelassen werden. Wenn wir uns die derzeitige Lage in Griechenland betrachten, fallen diese prekären Alternativlosigkeiten dezidiert ins Auge. Die *Zeit* schreibt zu der Lage in Griechenland:

„Weil die Arbeitslosenhilfe an den Mindestlohn gekoppelt ist, sinkt sie von 461 auf 360 Euro. Sie wird maximal ein Jahr lang gezahlt. Danach ist Schluss. Eine Sozialhilfe oder Grundsicherung wie Hartz IV gibt es in Griechenland nicht. Nach und nach werden deshalb im Laufe dieses Jahres jene mehr als 250.000 Griechinnen und Griechen, die im vergangenen Jahr ihre Jobs verloren haben, aus der Arbeitslosenhilfe herausfallen“ (Zeit-Online vom 22.02.2012).

Eine „Lawine des Elends“ und der Obdachlosigkeit werde erwartet (vgl. ebd.). Und wir wissen es seit der Weimarer Republik: Die Armut und damit die Angst vor Obdachlosigkeit und Hunger kann in den Faschismus führen.

## 4 Zur Analyse der Krise

Die bisherigen Ausführungen orientieren sich im Großen und Ganzen an der ökonomischen Theorie des ersten Bandes zum „*Kapital*“ von Karl Marx. In der hier vorgeschlagenen Lesart wird eine sozialphilosophisch fundierte ökonomische Theorie zur ganzheitlichen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise befragt. Diese ganzheitliche, makroökonomische Analyse setzt sich indes nicht einfach verkürzt aus der Aggregation aller einzelwirtschaftlichen Tatsachen zusammen. Ziel dieses Kapitels soll es nun sein, die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, also das, was wir aktuell seit 2008 sichtbar erleben, theoretisch-begrifflich zu durchdringen (vgl. Haug 2008, S. 488).

Die oben beschriebene progressive Kapitalakkumulation bzw. die *erweiterte* Reproduktion des handelstypischen Geldschöpfungsprozesses  $G-W-G'$  erweist sich in der Marx'schen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise als struktureller Zwang, der die realen menschlichen Bedürfnisse nach gesellschaftlich notwendiger Arbeit (Produktion) und dem Erhalt der Arbeitskraft (Reproduktion) gegenüber der maßlosen Wertschöpfung subordiniert. Mit anderen Worten existiert im Kapitalismus keine auf einen Endzweck (Reproduktion) gerichtete Korrelation von Produktions- und Konsumtionssphäre: Reale Bedürfnisse nach Arbeit und Konsum dürfen keine hinreichende Rolle spielen. Dagegen ist die *Verwertung des Werts* der oberste strukturell-induzierte Impetus im Kapitalismus:

„Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist (...) Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos“ (Marx 1867, S. 167).

Wir haben gesehen, dass unter Wettbewerbsbedingungen die Produktivkraft (der erhöhte Einsatz von konstantem Kapital im Verhältnis zum variablen Kapital) immerzu steigen muss (vgl. Haug 2006, S. 98f). Der zunehmende Einsatz von Maschinen verdrängt hierbei die lebendige menschliche Arbeitskraft als einzige Wertquelle (vgl. a. a. O., S. 177). Aber

„könnte die Produktion ohne alle Arbeit vor sich gehen, so existierte weder Wert noch Kapital noch Wertschöpfung“ (Marx zit. in: Haug 2006, S. 178).

Der Wert der einzelnen Produkte sinkt bei höherer Produktivkraft, obgleich der Gesamtwert der Gesamtware konstant bleibt. Vor diesem Hintergrund versucht der



Gesamtkapitalist, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit des Gesamtarbeiters auf ein Minimum zu reduzieren, um dessen Arbeitskraft möglichst lange für die Produktion des *relativen* Mehrwerts gebrauchen zu können. Denn je länger der Gesamtarbeiter für die Produktion dessen braucht, was er zum Erhalt seiner Arbeitskraft benötigt, umso mehr wird er zum Kostenfaktor für das unter Kapitalverwertungsbedingungen wirtschaftende Unternehmen, das unter den Bedingungen der Konkurrenz beständig auf der Suche nach optimalen bzw. optimierten Verwertungsbedingungen sein muss. Die schlichte Erkenntnis, dass nur die lebendige menschliche Arbeitskraft Quelle von Wert sein kann, gerät dabei aus dem Blick. Über die durch höhere Produktivität erreichte Verkürzung der menschlichen Arbeitszeit pro Ware können schließlich überflüssige Arbeiterpopulationen freigesetzt werden (vgl. a. a. O., S. 224). Kurzum:

„Es ist einer der Widersprüche des Kapitalismus, dass er die Mehrwertressource Arbeit, die er maximal auszubeuten bestrebt ist, zugleich minimiert“ (a. a. O., S. 229).

Wir haben ferner gesehen, dass bei der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise die *Differenzierungen zwischen Wert und Preis* sowie zwischen *Produktionssphäre (Realwirtschaft) und Zirkulationssphäre (Marktsphäre bzw. Finanzwirtschaft)* überaus wichtig für den weiteren Erkenntnisprozess sind. In der Marx'schen Theorie ist die kapitalistische Produktionsweise konstituiert und determiniert durch die Mehrwertproduktion in der *Produktionssphäre*. Das schließt, wie wir gesehen haben, ein, dass nur der Mensch über seine lebendige Arbeitskraft Mehrwert erzeugen kann, also *mehr Wert* über das hinaus, was er zum Leben braucht; dass also sowohl Produktionskapital (Maschinen und Rohstoffe) als auch Finanzkapital (Geld) keine *neuen* Werte über ihren eigenen hinaus, sozusagen „wie von Geisterhand“ erschaffen können. Kurzum: Wert erzeugt keinen neuen Wert, da er lediglich geronnene Arbeitskraft repräsentiert. Der unveränderliche Wert der Maschine etwa wird sukzessive übertragen und verbraucht: In der Maschine ist ein Wert enthalten, der also in einem früheren Produktionszyklus hergestellt worden ist – durch die lebendige Arbeitskraft des Gesamtarbeiters.

Wir orientieren uns vor diesem theoretischen Hintergrund an folgender These, und mit dieser These steigen wir ein in die Analyse der Krise: Wir haben es zunächst mit einer *Überakkumulation*, resp. *Überproduktion* des Kapitals in der Produktionssphäre zu tun, eine Folge von unterbeschäftigter oder gar unbeschäftigter Arbeiterbevölkerung (vgl. a. a. O., S. 184; Marx 1894, S. 261). Die Wirtschaft ist demzufolge, anders als es das *Saysche Theorem* postuliert, nicht in der Lage, über ihr Angebot eine hinreichende Nachfrage aus sich selbst heraus zu erzeugen (vgl. Witsch 2009, S. 83). Das Resultat ist eine *strukturell-induzierte Nachfrageschwäche*, die über

stetiges Wachstum geschlossen werden soll. Die Idee dabei: Erhöht sich das Wachstum, erhöht dies die eingesetzte Anzahl an Arbeitern, was wiederum die Nachfrangelücke schließen wird. Dieses Konzept begründet den Wachstumsfetisch, mithin die Notwendigkeit von Wachstum, das angeblich durch die so genannten Selbstheilungskräfte des *freien Marktes* induziert werden kann, sofern die ökonomischen Rahmenbedingungen „stimmen“, wie es die marktgläubigen Neoliberalen in ihren Theorien vertreten.

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist aber, dass die Regeln der Kapitalverwertung auf der Basis von Mehrwertproduktion es mit sich bringen, dass die gesamtwirtschaftlich notwendige Nachfrage primär nicht über die zahlungskräftige Nachfrage nach Konsumgütern bedient werden kann. Die Konsumgüternachfrage muss sich unter Kapitalverwertungsbedingungen notwendig aus dem Angebot speisen, jedoch, so die hier vertretende These, *nachhaltig* niemals zureichend, unabhängig davon, ob das keynesianische Instrument des *deficit spending*, also die kreditgetriebene Ankurbelung der Nachfrage durch den Staat, die Konjunktur zu beleben sucht oder nicht (vgl. a. a. O., S. 96). Vergeblich, denn auch eine hinreichende Nachfrage nach diesen Krediten durch die freie Wirtschaft ist keineswegs sicher, und so versucht man es direkt bei den Wirtschaftssubjekten, gut zu sehen im Jahr 2008 in den USA: Den Menschen wurden günstige Hypothekenkredite gewährt, die sie im Nachhinein nicht bedienen konnten. Es entstand die bekannte „Immobilienblase“, die die *fiktive Nachfrage* im Moment ihres Platzens als solche offenbarte.

Vor diesem Hintergrund können wir konstatieren, dass der Markt sich nicht selbst bewirtschaften kann. Er muss beständig von außen, vom Staat oder – weniger zuverlässig – von privaten Wirtschaftssubjekten kreditgetrieben bewirtschaftet werden, um die Aporie einer realen „*Mehrwertschwäche*“ (ders. 2012b, S. 56) im Kapitalismus zu verschleiern:

„Politik und Staat müssen einspringen; sie helfen, und das seit über vierzig Jahren, indem sie das Problem mangelnden Mehrwerts kreditgetrieben verschlimmern und verschleiern. Der Staat nimmt zu diesem Zweck immer mehr Schulden auf und vertraut dabei auf die Plusmacherei der Produktion, die freilich das Vertrauen nicht rechtfertigen kann, weil sie in Zeiten massiver Überproduktion die Finanzströme nicht hinreichend anzuziehen vermag“ (a. a. O., S. 111).

Springt der Staat kreditinduziert ein, vermag uns die fiktive Liquidität in der Wirtschaft, resp. der wirtschaftliche Aufschwung real vorkommen, so als ob der Aufschwung direkt mit der realen Produktion korrelieren würde (vgl. ders. 2009, S. 90). Doch streifen wir „das blendende Bild des unmittelbar Sichtbaren“, etwa die verkürzte

volkswirtschaftliche Analyse der Preisschwankungen am Markt, ab, dann können wir die nicht unmittelbar sichtbaren Prozesse hinter den Marktsignalen rekonstruieren, jene Prozesse, die in der Produktionssphäre ihren Ausgangspunkt haben. Dann sind nicht mehr die unmittelbar sichtbaren Marktsignale (der vermeintliche wirtschaftliche Aufschwung), sondern die verborgenen Produktionsprozesse von analytischem Interesse, analog zur Marx'schen Analyse, welche die Marktzusammenhänge, die (Markt-) Preise, im Grunde genommen zugunsten der (Produktions-) Werte völlig ausblendet. Erst aus dieser Perspektive wächst, kurzum, „*die Produktion (...) in den Markt hinein und nicht umgekehrt: der Markt in die Produktion*“ (a. a. O., S. 82, Hervorhebung im Original). Mit anderen Worten ist die Privatwirtschaft zuallererst von der Mehrwertproduktion in der Produktionssphäre und anschließend von den Absatzmöglichkeiten des Mehrprodukts in der Zirkulationssphäre abhängig; der Markt kann sich nicht selbst bewirtschaften bzw. aus sich heraus eine ausreichende Nachfrage für das Angebot generieren (vgl. a. a. O., S. 83). Mögen kreditfinanzierte Konjunkturspritzen das Dilemma einer realen Mehrwert- und Nachfrageschwäche verschleiern, ändert dies an den prekären Verwertungsbedingungen in der Produktionssphäre nichts, da dort die einzige Mehrwertquelle, die lebendige menschliche Arbeitskraft – zugleich ein Kostenfaktor – minimiert oder gar freigesetzt werden muss. In dieser Hinsicht kann von einem Struktur- und Systemproblem gesprochen werden: Die Exploitation der menschlichen Arbeitskraft ist begrenzt und schon gar nicht ad infinitum steigerbar; sie ist unter den Bedingungen von Kapitalverwertung und Wettbewerb *strukturell* begrenzt. Das Kapital in der Produktionssphäre kann sich aufgrund der Mehrwertschwäche und der daraus resultierenden Nachfragerücke nicht weiter verwerten: es überakkumuliert.

Doch das überakkumulierte Kapital kann sich im Kapitalismus damit nicht zufrieden geben und wird in der Produktionssphäre nicht verweilen. Es sucht nach alternativen Verwertungsmöglichkeiten, abseits der Produktion und weit weg von den realen Bedürfnissen der Menschen nach Arbeit und Konsum (vgl. Demirovic/Sablowski 2012, S. 85). Das ursprünglich produktive Kapital verändert dabei sowohl seine Erscheinungsform als auch seine Funktion. Diverse von Politik und Wirtschaft entwickelte Finanzinstrumente versprechen eine Alternative (vgl. Haug 2006, S. 215), die das überakkumulierte Kapital anweist, die Produktionssphäre zu verlassen (bzw. gar nicht erst zu betreten), um etwa in Form von zinstragendem Kapital, Derivaten<sup>13</sup>

---

<sup>13</sup> „Industrielles Kapital ist das in der Produktion von Waren angelegte Kapital; zinstragendes Kapital ist Kapital, das verwertet wird, indem es gegen die Zahlung von Zinsen verliehen wird; fiktives Kapital sind Wertpapiere, die den Rechtsanspruch auf Teilhabe am zukünftig zu produzierenden Wertprodukt in Form von Zinsen oder Dividenden verkörpern; Derivate sind abgeleitete Finanzgeschäfte, die sich auf erwartete Preisänderungen von Waren oder Wertpapieren in der Zukunft beziehen“ (Demirovic/Sablowski 2012, S. 79, Fn 2). Indes bezeichnete bereits Marx (1867, S. 179) das zinstragende Kapital als eine Erscheinungsform, als eine abgeleitete Form des produktiven (industriellen) Kapitals.

oder Hedge Fonds (spekulatives Anlegen) dorthin zu wandern, wo es *simulierte (fiktive) Verwertungsbedingungen* vorfindet: in die *Zirkulationssphäre*, resp. in die Sphäre des Marktes oder gängiger formuliert: in die Finanzwirtschaft. Indes mag der Wert eines Papiers „eine unmittelbare Affinität zur Produktion besitzen, dennoch existiert sein Wert im Markt sehr weit weg von dem, was in der Produktion real an Werten erzeugt werden kann oder erzeugt wird“ (Witsch 2009, S. 92). Die verschiedenen Finanzinstrumente in der Zirkulationssphäre ermöglichen simulierte Verwertungsbedingungen für eine *fiktive* progressive Kapitalakkumulation, resp. für die Akkumulation von *versprochenen* Eigentumsansprüchen in Bezug auf zukünftige (reale) Verwertungsprozesse (vgl. Demirovic/Sablowski 2012, S. 89), die nur in der Produktionssphäre verwirklicht werden könnten, es aber nicht werden. Wir stehen, zusammengefasst, vor folgendem Dilemma:

„Findet (...) die Mehrwertproduktion nicht zureichend statt, bildet sich eine groteske Situation aus; das (zahlungsfähige) Geld findet seinen Weg nicht zurück in die Produktion; es muss warten, bis die Verwertungsbedingungen wieder in Ordnung sind; solange versucht es, in der Marktsphäre sich aus sich selbst heraus (...) zu vermehren“ (Witsch 2009, S. 85).

Das Kapital bleibt also in der Zirkulationssphäre stecken und verwertet sich – ohne reale Basis – aus sich selbst heraus; dabei wird die Mehrwertproduktion simuliert (vgl. ders. 2012, S. 30f / S. 56) – durch Schulden, die den Mehrwert bzw. die Mehrwertfähigkeit der ArbeitnehmerInnen in der Produktionssphäre real nicht erhöhen. Die Versprechen auf zukünftige Verwertungsbedingungen – also exorbitant wachsende Schulden – türmen sich immer weiter auf. Es bildet sich eine *fiktive Liquidität*, resp. Geldtitel ohne Affinität zur Produktionssphäre. Die simulierten Verwertungsmöglichkeiten in der Zirkulationssphäre haben mit anderen Worten mit der realen Mehrwertproduktion in der Produktionssphäre nichts zu tun,<sup>14</sup> *versprechen* aber eine nachhaltige (fiktive!) progressive Kapitalakkumulation, da schlicht so getan wird, als ob Kapitalverwertung ohne Mehrwertproduktion, also ohne den Einsatz von lebendiger menschlicher Arbeitskraft, möglich wäre, ferner diese Strategie gar größere Spielräume verspricht, als es die Verwertungsbedingungen in der Produktionssphäre je könnten (vgl. Demirovic/Sablowski 2012, S. 89). Wie wir es anhand des Kreditgeldes, des zinstragenden Kapitals, sehen können, ist jeder Kredit ein *Versprechen (Möglichkeit)* auf zukünftige Verwertungsmöglichkeiten, freilich auf einen tatsächlich

---

<sup>14</sup> Gleiches gilt für die Sphäre der Konsumtion, die den Produktionszyklus abschließt: „[A]uch wenn der Arbeiter über den Markt vermittelt konsumiert, darf sein Konsum zu produktionsanalytischen Zwecken nicht als Teil der Zirkulation (für Preis- und marktanalytische Zwecke) begriffen werden, auch wenn der Konsum notwendig den Preisbewegungen des Marktes ausgesetzt ist (...)“ (Witsch 2009, S. 93).

erfolgten, über Mehrwertproduktion ermöglichten Verwertungsprozess (*Wirklichkeit*) und damit auf den Rückfluss des Kredits inklusive der Zinsen (vgl. ebd.). Ein Versprechen, das gebrochen werden kann, weil – wie wir heute im Zuge der Schuldenkrise mehr denn je erkennen können – zwischen der schönen Vorstellung (Möglichkeit) und ihrer Verwirklichung oft eine reale Diskrepanz besteht (vgl. Witsch 2009, S. 83; ders. 2012b, S. 21/S. 46).

Vor dem Hintergrund des Verhältnisses zwischen realem Wert und gesellschaftlich zugeschriebenem Wert des Geldes galt die ursprüngliche *Golddeckung* der Währungen früher als Realreferenz des Geldsymbols (vgl. Haug 2006, S. 55) und bürgte demzufolge als allgemeines Äquivalent für den Wert des Geldes, mithin für die produzierten Waren bzw. die Fähigkeit zur Mehrwertproduktion, wiewohl das Gold als „sicherer Hafen“ in Krisenzeiten immer noch eine wesentliche Rolle spielt (vgl. a. a. O., S. 56, Fn 42; Witsch 2012b, S. 56). Nichtsdestotrotz ist die Abkehr von der Golddeckung, also die Abkoppelung des Geldes aus der Repräsentationsbeziehung zum Gold, eine logische Folge, um nun nichts weiter repräsentieren zu können als den *Glauben* an seinen (realen) Wert (vgl. Haug 2006, S. 56). Das Geld als „absolute Ware“ ist mit anderen Worten nicht mehr an die vermittelnde Form des gesellschaftlichen Stoffwechsels gebunden (vgl. a. a. O., S. 76). Und so wird nach Marx

„[i]n der Krise (...) der Gegensatz zwischen der Ware und ihrer Wertgestalt, dem Geld, bis zum absoluten Widerspruch gesteigert“ (Marx 1867, S. 152),

wobei

„[d]ie Geldkrise (...) selbständig auftreten kann, so daß sie auf Industrie und Handel nur rückschlagend wirkt. Es sind dies Krisen, deren Bewegungszentrum das Geld-Kapital ist, und daher Bank, Börse, Finanz ihre unmittelbare Sphäre“ (a. a. O., S. 152, Fn 99).

Die Zirkulationssphäre ist, so wurde oben bereits erörtert, nichts weiter als ein Oberflächenphänomen mit Vermittlungsfunktion (vgl. Bandelin 2011, S. 570). Dies verkennt die herrschende marktgläubige, auf wirtschaftliche Einzelprozesse am Markt fokussierte neoliberale und keynesianische Perspektive. Neoliberale und Keynesianer glauben, die Ursachen der Krise in der Zirkulationssphäre lokalisieren zu können, ohne Kenntnis dessen, dass das, was in der Zirkulationssphäre passiert, lediglich ein notwendiges Resultat, ein Symptom dessen ist, was wir mit Marx kapitalistische Produktionsweise nennen können.

Die (leider) nicht unmittelbar sichtbare *Ursache* der Krise liegt diesen Überlegungen zufolge also nicht in dem, was die kapitalistische Produktion auf der Marktoberfläche

als Produktionsergebnis in Preisen spiegelt, sondern im Kapitalismus selbst, genauer: in der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer strukturell-induzierten *Mehrwertschwäche*. Die sichtbaren *Symptome* der Krise können wir indes in der Zirkulationssphäre lokalisieren, einschließlich jene Symptome, die Hypothekenkrise bzw. Immobilienkrise, Bankenkrise, Schuldenkrise und Eurokrise genannt werden, allesamt polymorphe Erscheinungsformen der großen Systemkrise der kapitalistischen Produktionsweise, die unweigerlich auf die Produktionssphäre (Realwirtschaft) rückwirken und sozialunverträgliche Konsequenzen den im Kapitalismus lebenden Menschen auferlegen. Auf diesen Zusammenhang zwischen Überproduktion und Spekulation verwiesen bereits Marx und Engels vor über 160 Jahren:

„Die Spekulation tritt regelmäßig ein in den Perioden, wo die Überproduktion schon in vollem Gange ist. Die liefert der Überproduktion ihre momentanen Abzugskanäle, während sie eben dadurch das Hereinbrechen der Krise beschleunigt und ihre Wucht vermehrt. Die Krise bricht zuerst aus auf dem Gebiet der Spekulation und bemächtigt sich erst später der Produktion. Nicht die Überproduktion, sondern die Überspekulation, die selbst nur ein Symptom der Überproduktion ist, erscheint daher der oberflächlichen Betrachtung als Ursache der Krise“ (Marx/Engels zit. in: Haug 2006, S. 184).

Vor diesem Hintergrund können wir die US-Immobilienkrise 2008 als ein Symptom und als ein Abzugskanal einer Überproduktionskrise verstehen. Abstrahieren wir dies auf jene weiteren polymorphen Erscheinungsformen der großen Systemkrise, dann gilt dies gleichermaßen für die Bankenkrise, die Schuldenkrise und nun auch für die Eurokrise. In diesem Zusammenhang können wir die These formulieren, dass wir nun, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, die Folgen einer (globalen) Überproduktionskrise zu spüren bekommen, die sich über Jahrzehnte nicht unmittelbar sichtbar aus der verborgenen Stätte der Produktion heraus entwickelte und bislang erfolgreich über massive Verschuldung durch Staat und Bürger verschleiert wurde. Da diese ganzheitliche und abstrahierende These über eine epistemologische und hermeneutische Fundierung hinaus empirisch nicht verifiziert werden kann, beherrschen einzelwirtschaftliche Tatsachen, die freilich für sich sprechen, den volkswirtschaftlichen *Diskurs*. Der Akzent liegt auf der Zirkulationssphäre und konterkariert eine substanzielle ganzheitliche Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse. Exemplarisch für diesen Diskurs sei Thilo Sarrazin genannt, der in einem Interview mit *Der Zeit* betont:

„Im Fall Griechenlands ist es so: Die schiere nüchterne Schilderung von Fakten spricht ganz für sich. Da gibt es nichts zuzuspitzen. (...) Solidarität besteht nicht darin, dass entwickelte, souveräne Staaten zum Ausgleich der Fehlentscheidungen anderer souveräner Staaten deren Schulden übernehmen. Wir können nicht die internen Probleme der Griechen, Spanier oder Italiener lösen“ (Sarrazin zit. in: Zeit-Online vom 27.05.2012).

Aus der an sichtbaren Fakten orientierten Perspektive, nur die Kapitalbewegungen am Markt im Blick, erscheint die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise als ein internes Problem der Griechen, der Spanier, der Italiener usw.

Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten können wir der einzelwirtschaftlichen Perspektive entgegensetzen, die gegenwärtige Schuldenkrise nicht als Ursache unserer ökonomischen Probleme, sondern als Symptom der „*Mehrwertkrise*“ (Witsch 2012b, S. 28) zu verstehen. Die gegenwärtige (globale) Schuldenkrise ist demzufolge analog zur US-Immobilienkrise nur die Erscheinungsform einer großen Systemkrise, deren basalen Ausgangspunkt wir in der strukturell-induzierten Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise vermuten und *Mehrwertkrise* nennen können. Es wird indes einsichtig, dass es den (privaten) Anleger keine Spur interessiert, inwiefern sich sein vorgeschossenes Kapital verwertet, wesentlich ist nur, es verwertet sich – irgendwie. Jedoch sollte den bisherigen Überlegungen zufolge jener Rückfluss des zinstragenden Kapitals abhängig sein von seiner realen Verwertung in der Produktionssphäre; eine unbegrenzte Wertschöpfung ist ohne eine hinreichend stabile Mehrwertproduktion in der Produktionssphäre unmöglich (vgl. Demirovic/Sablowski 2012, S. 89). Diese Einsicht geht im Chaos und der Komplexität des „finanzdominierten Akkumulationsregimes<sup>15</sup>“ (a. a. O., S. 78) verloren. Und so vermag die herrschende Elite von Politik und Ökonomie nicht zu begreifen, „dass man nicht über eine längere Zeitspanne aus Dreck Profit schlagen kann“ (Altvater 2008, S. 499). Diese offenbar logische Einsicht interessiert den Anleger (verständlicherweise) nicht, und, so können wir vermuten, die marktgläubige, auf sichtbare und verifizierbare Marktprozesse eingeeengte politische und ökonomische Perspektive unter dem Diktat der kapitalistischen Produktionsweise ebenso wenig:

„So richtig schlimm wird es aber erst, wenn im Kapitalismus Schuld-, bzw. Finanztitel zwingend in der Zirkulation verbleiben müssen, weil sich reale Produktionen nicht rechnen (keinen Mehrwert produzieren). Dann entstehen Schuldenblasen, eine

---

<sup>15</sup> Der Begriff des Akkumulationsregimes verweist auf „den Strukturzwang gesellschaftlicher und individueller Reproduktion (...) als dem Alltagshandeln immanenter Zwang (...) in Korrelation zu den Deutungen und Motivationen sozialer Akteure“ (Naumann 2000, S. 94).

vollständig irrationale, die Produktion nicht nachhaltig tragende Dominanz des Finanzkapitals“ (Witsch 2012b, S. 57).

Es verwundert angesichts des finanzdominierten Akkumulationsregimes nicht, dass „2010 einem Weltsozialprodukt von 59 Billionen US-Dollar Eigentumstitel mit dem Anspruch auf Verzinsung von 211 Billionen gegenüber [standen]“ (vgl. Demirovic/Sablowski 2012, S. 89). Mehr noch: Die progressive Akkumulation fiktiven Kapitals mündet in einem fiktiven Reichtum, in der der Wert des fiktiven Geldes nichts weiter ist als eine Illusion (vgl. Haug 2006, S. 200), ohne dass reale produktive Wirtschaftszusammenhänge dabei eine Rolle spielen. Die Artifizialität des Reichtums und des Wohlstands wird erst dann für Politik und Ökonomie sichtbar, wenn die Blase bereits geplatzt ist. Die geplatzte US-Hypothekenblase hat die Finanzkrise erst 2008 für die Menschen originär hervorgebracht. Heute, vier Jahre später, stehen wir (sichtbar) vor einer noch größeren Schuldenkrise globalen Ausmaßes: Die USA sind 2012 mit über 16 Billionen US-Dollar verschuldet (vgl. Statista 2012). Im Juli 2011 verhandelte die US-Politik um Obama erfolgreich eine Erweiterung der bisher gültigen Schuldenobergrenze von 14,3 Billionen US-Dollar, um nicht zahlungsunfähig zu werden. Bei einem Scheitern dieser Verhandlungen wären die Folgen fatal gewesen: „70 Millionen Schecks an amerikanische Rentner, Veteranen und Behinderte [hätten] im August nicht ausgegeben werden [können]“, schreibt die Süddeutsche Zeitung am 13.07.2011. In Europa sieht es nicht viel besser aus: Griechenland war 2011 mit 133,9% des BIP verschuldet, Deutschland mit 81,6%, Spanien mit 72,5%, Frankreich mit 88,6%, Italien mit 118,9%, Großbritannien mit 86,9%, um nur einige Länder zu nennen (vgl. Bieling 2011, S. 178). Alle 27 Staaten der EU zusammengenommen waren 2011 mit 83,8% ihres gemeinsamen BIP verschuldet (vgl. ebd.). Und auch im asiatischen Raum sieht es nicht besser aus: „Der japanische Staat ist mit einem Schuldenstand von ca. 230% des BIP einer der am höchsten verschuldeten OECD-Staaten, die Hälfte des Staatshaushalts wird durch Kredite finanziert“ (Demirovic/Sablowski 2012, S. 93).

Es erhärtet sich der Verdacht, dass die gängigen wirtschaftspolitischen Reaktionen auf die Krise lediglich die Symptome behandeln, wenn sie über kreditfinanzierte Steuerungsmodelle in das Spiel von Angebot und Nachfrage eingreifen. Unter Kapitalverwertungsbedingungen werden die Ein- und Ausgänge der Finanzströme über den Geldschöpfungsakt der Zentralbanken realisiert (vgl. Witsch 2009, S. 113). Die Zentralbanken drucken Geld und entlassen es als Kreditgeld (zinstragendes Kapital) in den Wirtschaftskreislauf, sofern die (fiktiven) Verwertungsbedingungen es zulassen, bzw. wenn es eine zureichende Nachfrage nach Krediten gibt (vgl. a. a. O., S. 84f), die, wenn sie denn aus der freien Wirtschaft aufgrund anhaltender Mehrwertschwäche nicht mehr zu erwarten ist, vom Staat kommen muss (vgl. ders. 2012b, S. 142f). Die



Kredite finden den Weg in die Wirtschaft in Europa über den Weg der Geschäftsbanken. Die Europäische Zentralbank (EZB) druckt regelmäßig „frisches“ Geld (zuletzt Ende 2011 und Anfang 2012 insgesamt eine Billion Euro) und verleiht es zu niedrigen Zinsen (ca. 1%) den europäischen Kreditinstituten (vgl. Tagesschau-Online vom 06.03.2012; Zeit-Online vom 29.02.2012).<sup>16</sup> Jene Institute können mit diesem Geld beispielsweise Staatsanleihen kaufen, um den Staaten auf diesem Wege Geld zu leihen oder sie investieren, wenn möglich, direkt zu höheren Zinsen am Kapitalmarkt. Über diverse Kredittransaktionen „erwirtschaften“ die Kreditinstitute exorbitante fiktive Buchgewinne ohne Bezug zur realen Produktion (vgl. Witsch 2009, S. 88). Hierbei ist das Vertrauen in den Staat bzw. in die Finanzmärkte wesentlich. Droht eine Staatspleite wie in Griechenland und nun auch in Spanien, klettern die Zinsen der (giftigen) Staatsanleihen in die Höhe, so dass der Staat immense Schwierigkeiten hat, sich „frisches Kreditgeld“ von den Kreditinstituten zu leihen. Die Zentralbank kann im Notfall einen endgültigen Zusammenbruch nur noch abwenden, indem sie die Staatsanleihen direkt aufkauft und damit vom Markt nimmt. Spanien beispielsweise musste im Juni 2012 rund 6,4% an Zinsen für seine Staatsanleihen bezahlen, die aufgrund ihrer versprochenen Rendite aber noch nachgefragt wurden. Der spanische Finanzminister Cristobal Montoro sprach zuvor offen über das „Problem bei der Refinanzierung über Kreditinstitute. Der Markt sei zu den derzeitigen Finanzierungskosten de facto für Spanien nicht mehr zugänglich“ (Zeit-Online vom 05.06.2012). Mit anderen Worten ist es für Spanien (und die anderen Staaten) überlebenswichtig, sich weiter verschulden zu können. Nur dann können sie die Mehrwertschwäche der Produktionssphäre weiter verschleiern, etwa über *deficit spending* (Keynes) oder einer neoliberalen angebotsorientierten Wirtschaftspolitik. Ist eine weitere Verschuldung nicht mehr möglich, dann muss der Sozialstaat und der Konsum über rigide Konsolidierungsmaßnahmen immer weiter herunterfahren werden, in der Hoffnung, auf diese Weise die brachliegende Mehrwertproduktion zu restituieren (vgl. Witsch 2009, S. 94). Die Aufnahme neuer Schulden über den Verkauf von Staatsanleihen setzt indes das Vertrauen der Kreditinstitute voraus, das verliehene Geld zurück zu erhalten. Je geringer das Vertrauen, desto höher die Zinsen, oder – im Falle unzureichenden Vertrauens in die (fiktiven) Verwertungsbedingungen – verweilt das von der EZB geliehene Kapital (Eingang) schlicht regungslos auf den Konten der Kreditinstitute, bis es der EZB wieder zurückgeführt wird (Ausgang). Diese Rückführung

---

<sup>16</sup> Die Versorgung der Geschäftsbanken mit „frischem Geld“ durch die EZB zur Behebung von Finanzkrisen ist keineswegs neu oder ein Einzelfall: Bereits im Sommer 2007, also bevor die Finanzkrise im Herbst 2008 die Realwirtschaft erreichte, intervenierten viele Regierungen und die Europäische Zentralbank, mit dem Ziel, den Interbankenverkehr, resp. die Kredit- und Finanzmärkte zu stabilisieren (vgl. Bieling 2011, S. 175f).

(ein „wieder einsammeln“) des gedruckten Kreditgeldes an die EZB ist ferner Voraussetzung zur Vermeidung einer Hyperinflation auf längere Sicht.

Der Verdacht erhärtet sich mit diesen Überlegungen immer weiter, dass über den gängigen Geldschöpfungsmechanismus der Zentralbank die Krise nicht sozialverträglich gelöst werden kann und am Ende soziale Strukturen sukzessive zerstört werden müssen. Unter dem Primat und Diktat des *Kapitalverwertungsmechanismus*, der Verwertung des Werts, muss die Produktionssphäre und jeder Arbeitnehmer eine hinreichende Verwertbarkeit vorweisen, bevor produziert bzw. konsumiert werden darf. Kann der Verwertbarkeitsnachweis nicht erbracht werden, bleibt das Kapital der Produktions- und Konsumtionssphäre fern und versucht sich in der Zirkulationssphäre aus sich selbst heraus zu vermehren. Mit anderen Worten steht die Zirkulationssphäre

„primär für die Vermehrungsfähigkeit des Geldes in unmittelbarer Affinität zur Mehrwertproduktion und sorgt in dieser Funktion dafür, dass das Geld (in der Finanzsphäre) dem Konsum nicht zufließt, bevor der Beweis seiner Vermehrungsfähigkeit, was die Mehrwertproduktion betrifft, nicht erbracht worden ist“ (a. a. O., S. 89).

Die gängigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Bankenrettungsprogramme, Aufstockung des EFSF, kreditinduzierte Konjunkturspritzen und austeritätspolitische Konsolidierungsimperative) können und dürfen also die Mehrwertschwäche in der Produktionssphäre nicht nachhaltig restituieren. Im Gegenteil befördern exzessive Konsolidierungsimperative die sukzessive Subversion des Sozialstaats und der sozialen Infrastruktur. Je weniger der Arbeiter für seine Subsistenz (ver)braucht, desto mehr kann er zur Produktion des (relativen) Mehrwerts herangezogen werden. Zusammenfassend lässt sich in letzter Konsequenz konstatieren:

*Arbeitsplätze, Löhne und Sozialstaat stehen grundsätzlich im Interesse einer zureichenden Kapitalverwertung zur Disposition (vgl. a. a. O., S. 90; Hervorhebung im Original).*

Wird durch den Staat kreditfinanziert in das Spiel von Angebot und Nachfrage eingegriffen, vermag das temporär die Konjunktur zu beflügeln, nachhaltig, das hat die ökonomische Praxis mittlerweile hinreichend gezeigt, kann dies die Sozialunverträglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise nicht verschleiern: Die realen menschlichen Bedürfnisse nach ausreichend bezahlter Arbeit (Produktion) und Konsum (Reproduktion) bleiben gegenüber dem Kapitalverwertungsmechanismus subordiniert. Die Mehrwertschwäche mag kurzfristig artifiziell restituieren werden, doch

nur auf der Basis von Schulden und noch mehr Schulden (vgl. ders. 2012b, S. 57). Das Wirtschaftswachstum, also die sukzessive Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts, auf deren Basis sich prosperitäre Strukturen ausbilden sollen, ist im Kapitalismus nachhaltig nur kreditinduziert möglich, im Kontext einer unheilvollen Allianz zwischen Sozialpolitik und Finanzkapital (vgl. a. a. O., S. 60). Die Politik kann es sich vor diesem Hintergrund immer weniger leisten im Sinne des Allgemeinwohls zu handeln. Der Staat übernimmt – absurd, aber wahr – die Rolle eines privaten Wirtschaftsunternehmens, das verzweifelt versucht, seine wirtschaftliche Existenz zu retten (vgl. a. a. O., S. 65). Und im Falle einer Staatspleite, so müssen wir befürchten und können wir in Griechenland bereits beobachten, haften die Bürger mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Existenz.

Vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen ist es denkbar, dass die gegenwärtige Krise unter Kapitalverwertungsbedingungen nachhaltig nicht sozialverträglich gelöst werden kann. Ein Schuldenschnitt (also das Verzichten der Gläubiger auf einen Teil ihres vorgeschossenen Kapitals) sollte eigentlich das Schlimmste verhindern, doch im Falle Griechenlands hat selbst diese Maßnahme keine hinreichende Stabilität gebracht; es wird aktuell entgegen aller vorangegangener Dementis aus Politik und Wirtschaft über einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone diskutiert – mit unabsehbaren Folgen für die Bevölkerung. Es hat sich überdies gezeigt, dass staatliche Rettungsprogramme sowie die sukzessive Subversion des Sozialstaates und der sozialen Infrastruktur in der Tat alternativlos sind, aber nur unter der Bedingung, dass es zum Kapitalismus, resp. zu einer Produktionsweise unter Kapitalverwertungsbedingungen auf der Basis von Mehrwertproduktion, keine Alternative gibt (vgl. a. a. O., S. 112; ders. 2009, S. 87). Wenn demzufolge neoliberale Vertreter von einer alternativlosen Konsolidierung der Staatshaushalte sprechen, idealerweise flankiert von wachstumsfördernden, wirtschaftspolitischen Maßnahmen, und sie mithin zur sozialen Kälte keine Alternative sehen, dann nur deshalb, weil sie zum Kapitalismus keine Alternative sehen.

Um an dieser Stelle weiterdenken zu können, müssten sie konsequent die *Systemfrage* stellen. Dies erscheint unter der Berücksichtigung des „politisch Machbaren“ ausgeschlossen; selbst die Partei „Die Linke“ zeigt sich dazu nicht bereit. Sie mag sich systemimmanent darum bemühen, ökonomische Steuerungsmodelle zu konzipieren, bislang jedoch ohne hinreichenden Erfolg (vgl. Haug 2008, S. 489). Ferner verharren Vertreter der Linken zu oft in der oppositionistischen Abwehr, orientieren sich zu häufig an Sündenbockdiskursen, so dass „in linken Analysen der Krise (...) das Problem als eines zwischen Deutschland und Griechenland, zwischen Frankreich und Deutschland...[erscheint]“ (Demirovic/Sablowski 2012, S. 77). Im Kontext dieser systemtheoretischen Perspektive scheinen sich Linke jener Tradition anzuschließen,

die Demirovic (2011, S. 520) schlicht „liberal“ nennt. Sofern jene „liberale Tradition“ überhaupt den ganzheitlichen Gedanken an eine Gesellschaft zulassen kann, muss sie diese ausschließlich pluralistisch begreifen und anhand der Aggregation aller einzelwirtschaftlichen Tatsachen heraus zusammensetzen.<sup>17</sup> Bei zu starker Annäherung an eine solche Tradition laufen Linke überdies Gefahr, den Pluralismus (Hegemonie befördernd) als Faktum hinzunehmen und mithin als konstitutiv für die moderne Gesellschaft zu denken (vgl. a. a. O., S. 521). Das Problem linker Politik mag sein, eine Synthese von systemimmanenter, „denkbarer“ Politik und dem Postulat nach grundlegenden Veränderungen der kapitalistischen Verhältnisse zu konstituieren (vgl. Strohschneider 2011, S. 663f), zumal der linke Entwurf eines alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems mit seinen vermeintlich antikapitalistischen Zügen sowohl von der herrschenden politischen Praxis als auch von dem Reformlager allzu leicht als „Jenseitsorientierung“ bzw. als „Illusionär“ zurückgewiesen werden kann (vgl. a. a. O., S. 664). Aber auch der linke sozialwissenschaftliche Diskurs, der sich im Funktionssystem der Wissenschaft bewegt und sich um das politisch Machbare nicht zwingend kümmern müsste, äußert sich nur verhalten zur Systemfrage und verharret spürbar oft gedanklich im politisch Machbaren, resp. in der Systemimmanenz. Im Folgenden werden einige Stellungnahmen zur Wirtschaftskrise und vorgeschlagene wirtschaftspolitische Konsequenzen des linken sozialwissenschaftlichen Diskurses kritisch diskutiert.

Erste Anhaltspunkte finden wir in einem im März 2012 gestarteten Aufruf der „Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung“ (AkG): „Demokratie statt Fiskalpaket“. Dort heißt es zunächst vielversprechend:

„Schuldenfinanziertes Wachstum und Spekulationsblasen konnten den Ausbruch der großen Krise nur verzögern.“

Aber dann finden wir auch die folgenden Ausführungen:

„Die Krise in Europa ist die Spitze eines Eisbergs. Darunter liegt eine tiefe Strukturkrise des Kapitalismus. Zu viel Kapital ist auf der Suche nach Profit. Doch die Profitraten sind niedrig: Die Konkurrenz ist zu groß und die Löhne zu gering.“

„Reden wir über (...) deutsche Niedriglöhne als Krisenursache.“

---

<sup>17</sup> Dies bedeutet indes nicht, eine fragmentierte, pluralistische bürgerliche Gesellschaft, die es wert ist, von anderen gesellschaftstheoretischen Disziplinen analysiert zu werden, per se auszuschließen. Selbst wenn verschiedene Herrschaftsformen zu einem kohärenten Herrschaftszusammenhang verschmelzen, kann diese Erkenntnis allein die Fragmentierung der bürgerlichen Gesellschaft unmöglich aufheben (vgl. Demirovic 2011, S. 539).

Beide Aussagen thematisieren vermutlich die oben diskutierte reale Nachfrageschwäche, die die Umwandlung des in der Produktionssphäre erzielten Mehrwerts in Kapital am Markt determiniert. Es erscheint logisch: Steigen die Löhne, etwa über die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns oder eines bedingungslosen Grundeinkommens, dann kann das in der Produktionssphäre produzierte Mehrprodukt am Markt abgesetzt werden, dann können mithin die Profitraten steigen und zuletzt das akkumulierte Kapital in die Produktionssphäre reinvestiert werden. Das Resultat könnte eine sozialverträgliche kapitalistische Produktionsweise, resp. eine sozialverträgliche Aneignung des Mehrwerts durch die Arbeiterklasse sein. Die Nachfrage, resp. der Wohlstand – so wurde bereits beschrieben – wird indes bislang kreditinduziert stimuliert, durch ein Leben auf Pump, dessen vermeintliche Realität sich dann als fiktiv entkleidet, sobald die Erwartungskette reißt (vgl. Haug 2006, S. 196). Haug diskutiert in Anlehnung an Rosa Luxemburg die Frage, ob im Kapitalismus die Notwendigkeit von *realen* Absatzmöglichkeiten des produzierten Mehrwerts erkannt und realisiert werden kann (vgl. a. a. O., S. 215):

„Dieses Mehr, die ‚Früchte jener Ausbeutung‘, lässt das Kapital einzig für sich selbst produzieren. Doch nun zeigt sich, dass seine ihm gleichgültige Umwelt ihm doch nicht gleichgültig sein kann. Sie dient dem Kapital als Realisierungsmittel. Doch der Witz des Kapitals ist, dass es die Realisierungsmittel gerade selbst aneignet, also der Gesellschaft vorenthält“ (ebd.).

Rosa Luxemburg war eine Anhängerin der *Unterkonsumtionstheorie*. Marx-Interpret Siefert sieht in der Unterkonsumtionsthese einen alten Einwand gegen den Kapitalismus, „dass, weil die Arbeiter nicht den ‚vollen Arbeitsertrag‘ erhalten (...), die Kaufkraft nicht ausreicht, die produzierten Produkte auch alle zu vermarkten“ (Siefert 2007, S. 96f):

„Bildet also die beschränkte Konsumtionskraft oder Kaufkraft der Arbeitermassen ein prinzipielles Problem für die Realisierung der Gesamtproduktion? (...) Sozialisten wie Proudhon und Rosa Luxemburg waren genau dieser Meinung, und noch heute gehört ja das (vulgärkeynesianische) Unterkonsumtionsargument in das Standardrepertoire linker Bewegungen. Der Charme dieses Arguments liegt darin, dass mit seiner Hilfe eine Harmonisierung des Interesses der Lohnabhängigen (...) mit dem Funktionieren der [kapitalistischen] Gesamtökonomie behauptet werden kann, was seine Popularität vor allem in Gewerkschaftskreisen verständlich macht“ (a. a. O., S. 97).

Sieferle verweist offenbar auf den Impetus der Linken, im Hier und Jetzt, in kapitalistischen Verhältnissen, eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse erkämpfen zu wollen, im Sinne einer *sozialverträglichen* Aneignung des Mehrwerts durch die Arbeiterklasse, mit der Gefahr, die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise nicht konsequent zu artikulieren und in letzter Konsequenz am Systemkern, mithin an ihrem Idol Karl Marx vorbei zu analysieren, *der die sozialverträgliche Aneignung des Mehrwerts – das muss konsequent gesagt werden – kategorisch ausschließt* (vgl. Witsch 2012b, S. 9). Sofern sich der linke sozialwissenschaftliche Diskurs auf Marx beruft, dann greift die Unterkonsumtionsthese *nicht*, da Marx im Gegensatz zu den Anhängern der Unterkonsumtionstheorie die *Strukturzwänge* der kapitalistischen Produktionsweise konsequent zu Ende denkt:

„Produktion von Mehrwert (...) ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise. Nur soweit sie die Produktionsmittel als Kapital erhält, ihren eigenen Wert als Kapital reproduziert und in unbezahlter Arbeit eine Quelle von Zuschußkapital liefert, ist die Arbeitskraft verkaufbar. Die Bedingungen ihres Verkaufs, ob mehr oder minder günstig für den Arbeiter, schließen also die Notwendigkeit ihres steten Wiederverkaufs und die stets erweiterte Reproduktion des Reichtums als Kapital ein. Der Arbeitslohn (...) bedingt seiner Natur nach stets Lieferung eines bestimmten Quantums unbezahlter Arbeit auf seiten des Arbeiters. (...) [S]eine Zunahme [besagt] im besten Fall nur quantitative Abnahme der unbezahlten Arbeit, die der Arbeiter leisten muß. *Diese Abnahme kann nie bis zum Punkt fortgehn, wo sie das System selbst bedrohen würde*“ (Marx 1867, S. 647; Hervorhebung hinzugefügt, M. W.).

Und eine Seite weiter zieht Marx die logische Schlussfolgerung. Es sei

„augenscheinlich, daß eine Verminderung der unbezahlten Arbeit die Ausdehnung der Kapitalherrschaft keineswegs beeinträchtigt. – Oder, das ist die andre Seite der Alternative, die Akkumulation erschläfft infolge des steigenden Arbeitspreises, weil der Stachel des Gewinns abstumpft. (...) Der Arbeitspreis fällt wieder auf ein den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendes Niveau, ob dieses nun unter, über oder gleich mit dem Niveau, welches vor Eintritt des Lohnzuwachses als normal galt“ (a. a. O., S. 648).

Nach Marx können höhere Löhne die Kapitalherrschaft nicht berühren. Eine einzelwirtschaftliche Perspektive, die dies ignoriert, vergisst, „dass Renten und die

damit einhergehenden Sozialversicherungsbeiträge Bestandteil des Lohns sind. Auf die Krankenversorgung trifft dies ganz genauso zu. Jede Zuzahlung auf ein Rezept oder die Praxisgebühr ist exakt eine Lohnkürzung“ (Witsch 2009, S. 122). Bei der Einführung eines Mindestlohns oder Grundeinkommens wäre demzufolge die Politik unter der Kapitalherrschaft gezwungen, massive Lohnkürzungen über andere Wege (z. B. über Steuern, Renten, Versicherungsleistungen, Gesundheit) vorzunehmen. Indes macht es im Kontext einer ganzheitlichen Analyse des Verwertungsprozesses nicht viel Sinn, die Lohnhöhe mit der Exploitation der menschlichen Arbeitskraft in der einzelwirtschaftlichen Perspektive zu denken, zumal

„die Existenz des Mehrwerts noch spezifischer im Sinne kapitalistischer Ausbeutung ökonomische Vorgänge reguliert, hinter dem Rücken der Wirtschaftssubjekte, ohne dass diese wissen oder auch nur ahnen müssen, auf welche Weise sie ausgebeutet werden. Dort freilich, wo sich Ausbeutung dem Augenschein nach aufdrängt, erklärt man sie zu einer verifizierbaren, quantitativ verhandelbaren Faktizität, zu einer Frage von Leistungsfähigkeit und Lohnhöhe (...). Man landet folgerichtig (...) in bloßer Preisgestaltungsanalyse. *In dieser verschwinden alle Spuren der Ausbeutung*“ (ders. 2012b, S. 20, Hervorhebung hinzugefügt, M. W.).

Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten können sich die „Anhänger der Unterkonsumtionstheorie (...) nicht auf Marx berufen“ (Sieferle 2007, S. 99), wiewohl Marx in hohen Löhnen primär Kosten sah, die, sollten sie unter Kapitalverwertungsbedingungen realisiert werden können, gleichsam den Kapitalismus in die Krise führen müssen (vgl. a. a. O., S. 215). Indes postulieren Demirovic und Sablowski (2012, S. 77 / S. 104) zu recht, die Marx'sche Theorie nicht für „linke Ziele“ wie Mindestlohn zu missbrauchen, unabhängig davon, dass es ein ehrenwertes und wünschenswertes Ziel sein mag, die Lebensbedingungen der Menschen, insbesondere im Niedriglohnsektor, verbessern zu wollen. Nur hat das eine, der (scheinbar aussichtslose) Kampf um bessere Lebensbedingungen im Kapitalismus, mit dem anderen, der makroökonomischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, nichts zu tun, weshalb es in Rekurs auf die Marx'sche Theorie keinen Sinn macht darauf zu insistieren, höhere Löhne könnten an der Sozialunverträglichkeit des Produzierens unter Kapitalverwertungsbedingungen irgendetwas ändern, so als ob man im Kontext der Kapitalherrschaft eine *quasi-sozialistische Realität* konstituieren könne (vgl. Röttger 2011, S. 196). Eine zu starke Diffusion des Kampfes um bessere Lebensbedingungen im Kapitalismus mit einer ganzheitlichen Kapitalismuskritik nach Marx läuft mithin Gefahr, uneingestanden letztere zu desavouieren, mit der Folge, dionysisch die (vergebliche) Hoffnung auf eine sozialverträgliche Aneignung des

Mehrwerts durch die Arbeiterklasse zu nähren. In konsequenter Anlehnung an Marx jedoch ist es wahrscheinlicher, dass eine nachhaltige sozialverträgliche Lebensweise unter Kapitalverwertungsbedingungen nur auf der Basis von exorbitant wachsender Schulden, bzw. ausschließlich fiktiv möglich ist, eine Strategie, die dem Kapitalismus ein soziales Antlitz fiktiv überstülpt, bis sich jenes in Zeiten der Krise als „heiße Luft“ entpuppt, spätestens dann, wenn im Zuge der so genannten *Kapitalvernichtung* (vgl. Demirovic/Sablowski 2012, S. 86; Haug 2006, S. 203) alternativlose Konsolidierungsimperative die Bevölkerung erreichen, wie aktuell exzessiv in Griechenland, wobei sich die Frage stellt, was eigentlich genau mit Kapitalvernichtung gemeint ist: Sprechen wir lediglich von fiktivem Kapital, in der Zirkulationssphäre artifiziell akkumuliert, ohne Bezug zur realen Produktion und zu realen Bedürfnissen der Menschen nach Arbeit und Konsum, dann werden freilich keine realen Werte vernichtet, sondern nur die gescheiterte *Imagination* des fiktiven Reichtums, die an der ökonomischen Praxis irgendwann zerbrechen muss.

Eine weitere gängige Debatte im linken sozialwissenschaftlichen Diskurs behandelt die *Regulierung der Finanzmärkte* über neue Steuerungsmodelle (Stichwort: Finanztransaktionssteuer), um die Akkumulation fiktiven Kapitals im finanzdominierten Akkumulationsregime einzudämmen. Altvater (2008, S. 502) möchte „[d]ie Finanzmärkte an die kurze Leine nehmen“. Es komme „darauf an, die Ökonomie wieder in die Stoff- und Energiekreisläufe ‚einzubetten‘ (...) ‚Tempo‘ aus dem System zu nehmen“ (a. a. O., S. 503). Die Regulierung der Finanzmärkte, so Altvater, könne dazu beitragen, „den politischen Spielraum der geld- und finanzpolitischen Instanzen (Zentralbanken und Regierungen) zu vergrößern und vor allem, um das Niveau der Zinsen und Renditen zu senken, damit der Druck auf die reale Ökonomie gemindert und das Tempo aus der [fiktiven] Ökonomie genommen wird (Entschleunigung und Re-Regionalisierung)“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund untersucht Altvater das Verhältnis zwischen Realwirtschaft und Finanzwirtschaft, die er kurz „Hardware“ (Realwirtschaft) und „Software“ (Finanzwirtschaft) nennt (vgl. a. a. O., S. 191f): „Sind sie kompatibel, und wenn nicht, welche Anpassungen müssen vorgenommen werden“ (a. a. O., S. 492)? Altvater scheint sich der ganzheitlichen Perspektive der Marx’schen Theorie nicht konsequent anzuschließen. Auf der Basis einzelwirtschaftlicher Tatsachen diskutiert Altvater (linke) Steuerungsinstrumente, wie etwa „die Versteuerung der spekulativen Transfers durch eine Devisentransaktions- und Börsenumsatzsteuer [und] das Verbot von Wetten auf den Finanzmärkten zu Lasten Dritter“ (a. a. O., S. 503). Gehrig sieht Altvater eingebunden in den „thermodynamischen Marxismus“, der die Marx’sche Theorie naturwissenschaftlich verkürzt (vgl. Gehrig 2011, S. 633). Exemplarisch zieht Gehrig Altvater heran:



„Die Frage ist hier aufgeworfen, wie ökonomisch ein Surplus in der Form des Mehrwerts (...) entstehen kann, wenn nach physikalischer Gesetzmäßigkeit der Output nicht größer als der Input der Materie- und Energieeinheiten sein kann“ (Altvater zit. in: Gehrig 2011, S. 633).

Gehrig konstatiert bei Altvater ein positivistisches und modellistisches Theorieverständnis, unter dessen Anwendung Altvater gezwungen sei, im Rahmen positiver Ökonomie zu verharren, in der das begrifflich-kritische Potential der Marx'schen Theorie nicht ausformuliert werde (vgl. a. a. O., S. 635). Altvater füge gar mit seiner naturwissenschaftlichen Verkürzung die Marx'sche Theorie in die herrschende politische Ökonomie ein (vgl. a. a. O., S. 642). Befragen wir indes die Marx'sche Theorie selbst, dann wird sofort einsichtig, dass es nie die Intention von Marx war, Steuerungsmodelle für den Kapitalismus zu konzipieren (vgl. ebd.), *obgleich die massive Begrenzung von Spekulationsgewinnen vermutlich die Identifizierung von Überproduktionskrisen erleichtern könnte* (vgl. Witsch 2009, S. 88), weil das überakkumulierte Kapital in der Produktionssphäre die Abzugskanäle in der Zirkulationssphäre nicht in ausreichender Form vorfinden würde. Nichtsdestotrotz können äußere Eingriffe in das Spiel von Angebot und Nachfrage nachhaltig keine funktionierenden, sozialverträglichen Marktprozesse im Interesse aller Menschen gewährleisten, weil sie lediglich die Symptome in der Zirkulationssphäre fokussieren und nicht den Krisenherd: die kapitalverwertende Produktionssphäre, in den Blick nehmen (vgl. a. a. O., S. 95). Altvater entscheidet sich indes offen gegen die ganzheitliche Analyse:

„Elmar Altvater hat zudem deutlich gemacht, dass aus unterschiedlichen Befunden der krisenhaften Wirklichkeit auch kontrastierende Konsequenzen für die Krisenstrategie resultieren. In der Rede von ‚multiplen Krisen‘ könne getrost über eine zukunftsfähige Regulierung (...) schwadroniert werden, ohne dass die Frage kapitalistischer Produktions- und Aneignungsverhältnisse überhaupt thematisiert werden müsse; in der Interpretation einer ‚großen‘, d. h. einer ‚Systemkrise‘ sei das jedoch nur schwer möglich“ (Röttger 2011, S. 195).

Damit hat Altvater recht. Die Frage bleibt, warum überhaupt noch Marx rezipieren, wenn eine große Systemkrise nicht gedacht werden soll? Wenn es um Überlegungen zur Regulierung der Finanzmärkte geht, macht es wenig Sinn, die Marx'sche Theorie zu befragen, deren große Stärke die ganzheitliche, gesamtökonomische Perspektive ist, die sich *nicht* einfach aus der Aggregation aller einzelwirtschaftlichen Tatsachen ergibt. Erst im Kontext jener Tatsachen gedeiht die systemtheoretisch verkürzte Annahme

multipler Krisen sowie das daran anschließbare Postulat regulativer Steuerungsmechanismen, um die Finanzmärkte, mithin das finanzdominierte Akkumulationsregime sozialverträglich zu „zähmen“. Höhere Löhne und politische Regulierung der Finanzmärkte werden, so bleibt zu befürchten, keine quasi-sozialistische Realität unter dem Diktat der Kapitalherrschaft konstituieren können. Davon sprechen auch Demirovic und Sablowski, die sich mit ihren Überlegungen der Marx'schen Theorie konsequenter anschließen:

„Auch wenn die Defensive gegen die Austeritätspolitik erfolgreich wäre und es gelingen würde, die oben genannten Forderungen [etwa höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Anm. M. W.] auf nationaler und europäischer Ebene durchzusetzen, würden die Widersprüche, die in der kapitalistischen Produktionsweise wurzeln, nicht verschwinden. Die Krisentendenzen würden lediglich wieder andere Formen annehmen“ (Demirovic/Sablowski 2012, S. 103f).

Es sei deshalb wichtig, „über die unmittelbar anstehenden Schritte hinauszudenken und Reformen mit einer sozialistischen Perspektive zu artikulieren“ (ebd.). Doch wie können solche Reformen konkret aussehen? Eine abgeschlossene Antwort scheint es (bislang) nicht zu geben, was angesichts der Forderung, sich am „politisch-Machbaren“ zu orientieren, nicht verwundert, zumal radikalere Überlegungen, wie oben eingangs erörtert, allzu leicht als illusionär oder als Jenseitsorientierung abgewiesen werden können (vgl. Strohschneider 2011, S. 664). Auch scheint der linke sozialwissenschaftliche Diskurs den Anschluss an die herrschende Politik nicht verlieren zu wollen und fügt sich schon deshalb in das tagespolitische Geschäft, in die Systemimmanenz, ein. Er zementiert ferner die Überzeugung, dass man um einen kapitalistischen Weg zum Sozialismus nicht herum kommen kann, mithin sich sozialistische Transformationen nur im Rahmen politischer Übergangsstadien, im Kontext des politisch-Machbaren, konkretisieren lassen können (vgl. Röttger 2011, S. 196). Eine solche Haltung führt unausweichlich in ein schwer auszuhaltendes Spannungsverhältnis zwischen Reform und Revolution (vgl. a. a. O., S. 197), wiewohl bislang keine (systemimmanente) Reform wie z. B. ein Mindestlohn (den es z. B. auch in England gibt) revolutionäre Prozesse kontingent hervorgebracht hat. Und so sind

„Arbeiterbewegung und politische Linke der kapitalistischen Zentren (...) in der Defensive. Das Bedürfnis, die Errungenschaften aus der Ära des Fordismus<sup>18</sup> zu

---

<sup>18</sup> Der Begriff des *Fordismus* steht für ökonomische, politische und ideologische Restrukturierungsprozesse, die sich aus der Weltwirtschaftskrise der späten 20er und frühen 30er Jahren heraus entwickelten. Er steht mithin für stetig wachsende Prosperität und Stabilität, bis zu seiner

schützen, möchte sich ans Grenzregime des Nationalstaats klammern“ (Haug 2006, S. 228).

Doch wie soll unter Kapitalverwertungsbedingungen die *Globalisierung*<sup>19</sup> des Kapitals durchbrochen werden? Bereits im Fordismus wirkte der ausbeuterische Charakter der kapitalistischen Produktionsweise grenzüberschreitend: Die Ausbeutung der Entwicklungsländer über den Erwerb ihrer Rohstoffe zu stets sinkenden Preisen ermöglichte eine hohe oder steigende Produktivität und Prosperität. Bereits Marx verwies auf den Zusammenhang von sinkenden Rohstoffpreisen und steigendem Mehrwert (vgl. hierzu Marx 1894, S. 117): Steigen die Rohstoffpreise (insbesondere Öl), stockt die Mehrwertproduktion (vgl. Witsch 2012b, S. 75). Mit anderen Worten wurde die goldene Ära des Fordismus, die mit seiner Produktivitäts- und Profitabilitätskrise in den 1970er Jahren aufgrund steigender Ölpreise enden musste, bereits auf dem Rücken der Entwicklungsländer über sinkende Rohstoffpreise ausgetragen. An diese Ära des Fordismus scheint sich die politische Linke zu klammern, da

„[e]ine Zeit lang (...) der Eindruck entstehen [konnte], als wäre das ‚goldene Zeitalter‘ eines sozialstaatlich ‚zivilisierten‘ Kapitalismus eröffnet worden, gekennzeichnet durch hohe Wachstumsraten, rasch zunehmende Masseneinkommen, umfassende soziale Sicherung und Vollbeschäftigung“ (Hirsch 1998, S. 7).

Der linke sozialwissenschaftliche Diskurs scheint vor diesem Hintergrund bislang keine konsistenten ökonomischen Modelle konzipiert zu haben, um eine grundlegende, technisch-ökonomische Zäsur kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse zu konstituieren. Die Überlegungen zur Emanzipation kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse orientieren sich vielmehr am Subjekt. Der Regulationstheoretiker Joachim Hirsch sieht über eine aufklärerische Reflexion der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und der Notwendigkeit ihrer Aufhebung, nah an der Lebenswelt der Menschen, einen möglichen Ansatz, emanzipatorische Gesellschaftsveränderungen zu konstituieren (vgl. ders. 2011, S. 233). Es solle darum

---

Profitabilitätskrise in die 1970er Jahre hinein (vgl. Naumann 2000, S. 120f; Demirovic/Sablowski 2012, S. 80). Über den exzessiven Einsatz von Fließbandarbeit (c) erhöhte sich zunächst massiv die Produktivität des Gesamtarbeiters, so dass die Arbeitszeit zur Produktion dessen, was ihn und seine Arbeitskraft erhält (v), minimiert werden konnte. Die Folge war die temporäre Erhöhung des *relativen* Mehrwerts (m) (vgl. Naumann 2000, S. 121).

<sup>19</sup> Der Begriff der *Globalisierung* verweist in diesem Zusammenhang im Kern auf einen ökonomischen Vorgang (vgl. Hirsch 1998, S. 19), mithin auf die Strategie des Kapitals zur Lösung der Profitabilitätskrise des Fordismus (vgl. a. a. O., S. 22). Findet das Kapital übernationale (fiktive, resp. simulierte) Verwertungsmöglichkeiten, dann wandert es selbstverständlich in diese Richtung ab.

gehen, Veränderungen in den Denk- und Lebensgewohnheiten der Menschen zu lokalisieren und sich über Weltauffassungen und Zielvorstellungen zu verständigen (vgl. a. a. O., S. 234f). Die kritische Gesellschaftstheorie solle nach Hirsch nicht bei Marx stehen bleiben, sondern ihre moderne interdisziplinäre Verwobenheit mit anderen Ansätzen (z. B. Foucault) für die Aufklärung fruchtbar machen (vgl. a. a. O., S. 235). Solche aufklärerische Arbeiten, so Hirsch (2011, S. 236), verfehlen ihre kritische Wirkung jedoch dann, wenn sie es nicht schaffen, aus dem Elfenbeinturm herauszutreten. Es wäre vielleicht schon etwas gewonnen, die hegemonial eingelassenen *Vorstellungen* von Freiheit und Gleichheit als lediglich solche zu dekonstruieren, um die strukturell-induzierten Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise hervorzuheben, da diese Vorstellungen mehr und mehr an jenen Widersprüchen der faktischen Lebensbedingungen zerbrechen (vgl. Bandelin 2011, S. 575): So werden mit der sukzessiven Subversion des Sozialstaats und der sozialen Infrastruktur sowie der zunehmenden Diskrepanz zwischen Möglichkeit (Wohlstand) und Wirklichkeit (Armut) beständig normative Ansprüche und Erwartungen in der sozialen Praxis enttäuscht. An diesen subjektiven Leidenserfahrungen könnte insofern angesetzt werden, als dass die Verarbeitung (Aufklärung) der praktischen Widersprüche zur Einsicht ihrer möglichen Überwindung führen kann (vgl. ebd.). Die Marx'sche Theorie als ein mögliches Aufklärungsmodell über die technisch-ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus im sozialwissenschaftlichen Diskurs konsequenter zu reaktivieren mag ein Schritt in diese Richtung sein. Vor diesem Hintergrund ist zu warnen, die Marx'sche Theorie für linke Ziele wie z. B. Mindestlohn oder bedingungsloses Grundeinkommen zu missbrauchen. Die Unterkonsumtionsthese etwa korrespondiert nicht mit dem historischen Marx. Überhaupt hat einiges, was heute dem Marxismus zugeschrieben wird, mit dem historischen Marx und seiner Theorie nicht mehr viel zu tun (vgl. Siefert 2007, S. 214).

Eine Idee zur *technisch-ökonomischen* Aufhebung der Kapitalherrschaft finden wir, wenn auch nur in groben Umrissen, bei Witsch (2009). Sie geht davon aus, dass die Aushebelung des Kapitalverwertungsmechanismus' nur in der Produktionssphäre und nicht in der Zirkulationssphäre geschehen könne. Das Geld müsse als reale Größe direkt und unmittelbar in die Produktion gegeben werden, insbesondere den Konsum als Teil des Produktionszyklus' erreichen können, ohne zuvor seine Fähigkeit, sich in der Produktion zu verwerten, bzw., davon abgeleitet, in der Zirkulation vermehren zu können, unter Beweis stellen zu müssen (vgl. Witsch 2009, S. 110). Dies sei denkbar, wenn die Zentralbanken das gedruckte Geld *nicht* als Kreditgeld dem Finanzsektor (den Kreditinstituten) zur Verfügung stellen müssten, vorbei und entgegen den Bedürfnissen der Menschen nach Arbeit und Konsum (innerhalb der Produktion):

„Vielmehr wird es gedruckt und in die Wirtschaft gegeben, um unmittelbar und direkt Arbeitsplätze und Bedürftigkeiten zu finanzieren. Erst danach strömt es als Arbeitseinkommen in die Markt- und Finanzsphäre, um die Produktion nachfragewirksam anzutreiben. Dann haben sich der Arbeitnehmer und seine Familie aber schon ernährt und zugleich die Produktion marktvermittelt und nachfragewirksam über die Befriedigung von Bedürfnissen in Bewegung gebracht“ (a. a. O., S. 111).

Dieser Weg des Geldes würde zugleich und unmittelbar die Macht der Finanzmärkte brechen; denn die Arbeitnehmer und der Produktionssektor wären nicht mehr über die Finanzmärkte erpressbar. Eine Inflation könne durch Nachfrageüberhänge (die zahlungskräftige Nachfrage übersteigt das Angebot) vermieden werden. Diese Nachfrageüberhänge müssten vom Staat abgeschöpft und von den Zentralbanken abgeschrieben werden: neben dem Geldzufluss der Zentralbanken (Eingang) müsse es einen Geldabfluss (Ausgang) geben, um die Geldmenge unter Kontrolle zu halten, bzw. eine Nachfrage zu vermeiden, die das Angebot unangemessen übersteigt (vgl. ebd.). Die Fähigkeit, mehr zu produzieren, als die Gesellschaft zu ihrer Reproduktion verbraucht, würde dann nicht mehr den Zwang zur Kapitalverwertung bedienen, sondern dazu verwendet werden können, Arbeitsplätze und damit auch Bedürfnisse zu bedienen. Kurzum:

„Nur eine Produktion, die ohne Umwege primär (...) ausreichend bezahlte Arbeitsplätze (...) schafft, ist eine Produktion ohne Kapitalverwertung, vorausgesetzt, das dafür gedruckte Geld verbürgt primär einen Rechtsanspruch auf Verzehr (nach Konsumgütern), so dass es sich nicht zwanghaft am Kapitalmarkt vermehren muss; es wird primär in Abhängigkeit zu vorhandenen Bedürfnissen gedruckt, um den Geld-, bzw. Kapitalmarkt nicht unmittelbar, sondern erst in Form von ausgezahlten Arbeitseinkommen zu berühren, und zwar inflationsneutral in Abhängigkeit zu vorhandenen Produktionskapazitäten“ (a. a. O., S. 115; Hervorhebung entfernt, M. W.).

## 5 Literatur

- Altwater, Elmar (2008): Die Finanzkrise – mehr als ein Weltmarktsungewitter, in: Das Argument 278/2008
- Bandelin, Sebastian (2011): Wer sieht das, was wir nicht sehen? Überlegungen zum Subjekt der Ideologiekritik, in: PROKLA 165 (Dezember 2011)
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): Vom Krisenmanagement zur neuen Konsolidierungsagenda der EU, in: PROKLA 163 (Juni 2011)
- Demirovic, Alex / Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in: PROKLA 166 (März 2012)
- Demirovic, Alex (2011): Kritische Gesellschaftstheorie und die Vielfalt an Emanzipationsperspektiven, in: PROKLA 165 (Dezember 2011)
- Eicker-Wolf, Kai / Himpele, Klemens (2011): Die Schuldenbremse als politisches Projekt, in: PROKLA 163 (Juni 2011)
- Gehrig, Thomas (2011): Der entropische Marx. Eine Bitte an den Marxismus, die Entropie-Kirche im thermodynamischen Dorf zu lassen, in: PROKLA 165 (Dezember 2011), Münster: Westfälisches Dampfboot
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Haug, Wolfgang Fritz (2011): Krisen-Tsunami und kategorischer Imperativ, in: Das Argument 291/2011
- Haug, Wolfgang Fritz (2008): Die Krise denken, in: Das Argument 278/2008
- Haug, Wolfgang Fritz (2006): Neue Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“, Berlin: Argument-Verlag
- Haug, Wolfgang Fritz (2005): Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital“, Berlin: Argument-Verlag, 6. Auflage

- Hirsch, Joachim (2011): „Kapitalismus aufbrechen“ – aber wie?, in: Das Argument 291/2011
- Hirsch, Joachim (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin: ID Verlag
- Jessop, Bob (2011): Der ökonomische Determinismus – neu betrachtet, in: PROKLA 165 (Dezember 2011), Münster: Westfälisches Dampfboot
- Marx, Karl (1867): Das Kapital. Erster Band: Der Produktionsprozess des Kapitals (MEW 23)
- Marx, Karl (1894): Das Kapital. Dritter Band: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion (MEW 25)
- Naumann, Thilo (2000): Das umkämpfte Subjekt. Subjektivität, Hegemonie und Emanzipation im Postfordismus, Tübingen: edition diskord
- Oschmiansky, Frank (2003): Faule Arbeitslose? Zur Debatte von Arbeitsunwilligkeit und Leistungsmissbrauch, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Das Parlament - Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 6-7/2003
- Reiner, Sabine (2011): Gutes Leben und gute Arbeit weggespart, in: PROKLA 163 (Juni 2011)
- Röttger, Bernd (2011): Der Schoß der alten Gesellschaft. Zur Organisation anti-kapitalistischer Übergänge, in: Das Argument 291/2011
- Sieferle, Rolf Peter (2007): Karl Marx zur Einführung, Hamburg: Junius Verlag
- Strohschneider, Tom (2011): Die Linkspartei in der Krise, in: PROKLA 165 (Dezember 2011)
- Witsch, Franz (2012a): Die Politisierung des Bürgers. Beiträge zur Wahrnehmung und Produktion sozialer Strukturen. Viertes Teil: Zur Theorie der Gefühle, Norderstedt: Books on Demand

Witsch, Franz (2012b): Die Politisierung des Bürgers. Beiträge zur Wahrnehmung und Produktion sozialer Strukturen. Zweiter Teil: Mehrwert und Moral, Norderstedt: Books on Demand

Witsch, Franz (2009): Die Politisierung des Bürgers. Beiträge zur Wahrnehmung und Produktion sozialer Strukturen. Erster Teil: Zum Begriff der Teilhabe, Norderstedt: Books on Demand

## Online-Quellen

(auf alle aufgezeigten Quellen wurde zuletzt erfolgreich zugegriffen am 12.06.2012)

Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (2012): Demokratie statt Fiskalpaket. Ein Aufruf, von: <http://demokratie-statt-fiskalpakt.org/>

### FAZ-Online:

18.01.2011: „Alternativlos“ – Merkels Verdrusswort, von: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/alternativlos-merkels-verdrusswort-1574350.html>

Statista (2012): USA: Staatsverschuldung von 2002 bis 2012 (in Milliarden US-Dollar), von: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1975/umfrage/staatsverschuldung-der-usa/>

### Süddeutsche-Online:

13.07.2011: Millionen Amerikanern droht der Ausfall ihrer Rente, von: <http://www.sueddeutsche.de/politik/schuldenkrise-in-den-usa-millionen-amerikanern-droht-der-ausfall-ihrer-einkuenfte-1.1119553>



Tagesschau-Online:

21.02.2012: Schäuble zum neuen Hilfspaket für Griechenland, von:  
<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/schaeuble490.html>

06.03.2012: Der Billionen-Skandal im Schuldensumpf der Eurozone, von:  
<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/euroschau130.html>

Zeit-Online:

22.02.2012: Wenn der Rentner nicht weiterweiß, von:  
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-02/athen-griechenland-sparpaket/seite-2>

24.02.2012: Schäuble hält drittes Rettungspaket für möglich, von:  
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-02/griechenland-schuldenschnitt-angebot>

29.02.2012: Wie die EZB die Finanzmärkte mit Geld flutet, von:  
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-02/ezb-tender-folgen>

10.05.2012: Wachstum auf Pump holt die Krise zurück, von:  
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-05/merkel-nato-regierungserklaerung>

27.05.2012: Keinen Euro mehr. Ein Gespräch mit Thilo Sarrazin über Hilfen für Europa, unsinnige Verantwortung und darüber, was er in seinem neuen Buch andeutet, aber nicht zu sagen wagt, von: <http://www.zeit.de/2012/22/Interview-Sarrazin/seite-1>

05.06.2012: Spanien sieht sich durch Rekordzinsen überfordert, von:  
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-06/spanien-kredit-zinsen-markt>

